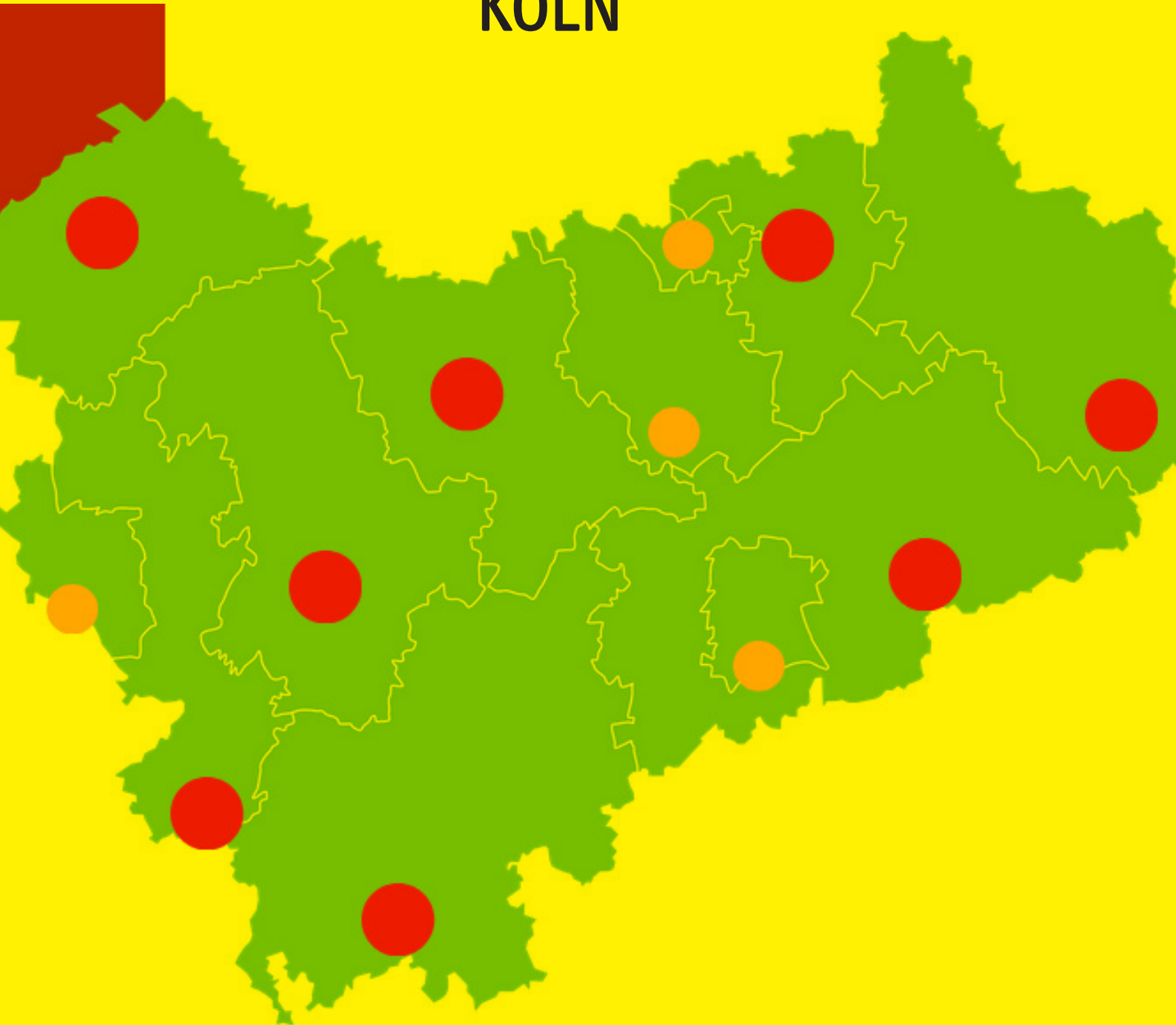


EXTREM RECHTE UND RECHTSPOPULISTISCHE AKTIVITÄTEN 2022 IM REGIERUNGSBEZIRK KÖLN



INHALT

03	Editorial
04	1. Rechte Akteur*innen und Aktivitäten im Regierungsbezirk Köln
04	04 Lukreta
06	06 Identitäre Bewegung und Revolte Rheinland
07	07 Burschenschaften
09	09 Verschwörungsideologisch geprägte Proteste
12	12 Weitere Akteur*innen
13	13 Parteien
13	13 Die Rechte
14	14 Aufbruch Leverkusen
15	15 dieBasis
15	15 Alternative für Deutschland
17	17 Junge Alternative
18	2. Drohungen, Schmierereien, Übergriffe
20	3. Interview mit der Sekteninfo NRW
23	4. Drei-Fragen an – Beratungsstellen im RB Köln stellen sich vor
28	5. Verweis auf weitere Literatur-Quellen
30	6. Impressum

EDITORIAL

Auch wenn inzwischen schon wieder die Normalität Einzug erhalten hat, hat die Pandemie unseren Alltag immer wieder aufs Neue im Griff. Der Krieg in der Ukraine hat Vielen vor Augen geführt, wie fragil Frieden sein kann. Mit Recht kann auch von einer Klimakrise, von einer Energiekrise oder auch einer sozialen Krise gesprochen werden. Die extreme Rechte hat durch diese sich überlagernden Krisen ein neues Agitationsfeld gewonnen und konnte an verschwörungsideologisch aufgeladene Diskurse anschließen. Inwieweit die Antworten von rechten Akteur*innen zu den steigenden Energie- und Lebensmittelkosten, dem Krieg in der Ukraine und dem weiteren Umgang mit der Corona-Pandemie, in der Gesellschaft Widerhall finden, wird sich in den kommenden Monaten zeigen.

Nicht vergessen werden darf, dass dies keineswegs neue Phänomene sind. Die extreme Rechte diffamiert eine pluralistische Demokratie schon lange als »antidemokratisch« und setzt dieser eine vermeintlich »echte Demokratie für das Volk« entgegen. Damit werden völkische Vorstellungen belebt, rechte Propaganda verbreitet und Menschen als Feindbilder markiert. Die Konsequenzen sind teilweise tödlich – was rassistische und antisemitische, misogyne, queerfeindliche und obdachlosenfeindliche Angriffe immer wieder unter Beweis stellen.

Im vorliegenden Jahresbericht, fasst die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus im Regierungsbezirk Köln (MBR Köln) (extrem) rechte und neonazistische Aktivitäten im Jahr 2022 zusammen. In dem Bericht wird der gesamte Regierungsbezirk, der das Gebiet zwischen Leverkusen und Bonn sowie Aachen und Gummersbach umfasst, in den Blick genommen.

Unsere Analysen basieren hierbei auf der Auswertung von unterschiedlichen Medienberichten, Internetforen, Social Media-Beiträgen sowie auf der Grundlage eigener Beobachtungen von z.B. Demonstrationen und anderen Veranstaltungen.

Im ersten und umfangreichsten Kapitel werden die relevantesten rechten Akteur*innen und ihre Aktivitäten skizziert. Danach wird exemplarisch eine Auswahl von rechten Schmierereien und Übergriffen des letzten Jahres benannt. Anschließend kommt in einem Interview die Sekten-Info NRW zu Wort und berichtet über die Arbeit der Einrichtung und wie sich diese in den vergangenen Jahren verändert hat. Im vierten Kapitel kommen verschiedene Beratungsstellen zu Wort, mit denen die MBR Köln regelmäßig zusammenarbeitet. Sie stellen ihre Arbeit vor und geben einen kurzen Rückblick auf Projekte aus dem Jahr 2022. Abschließend gibt es neben einem Ausblick auf das Jahr 2023 Hinweise auf verschiedene Rechercheergebnisse und Veröffentlichungen. Wir danken David Paul und Rose Heuruf für die Erstellung dieser Veröffentlichung. Wir bedanken uns bei allen Menschen, die als Interviewpartner*innen zur Verfügung standen und allen Kolleg*innen, die diesen Bericht unterstützt haben. Wir wünschen eine informative Lektüre.

Das Team der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus

Köln, Februar 2023

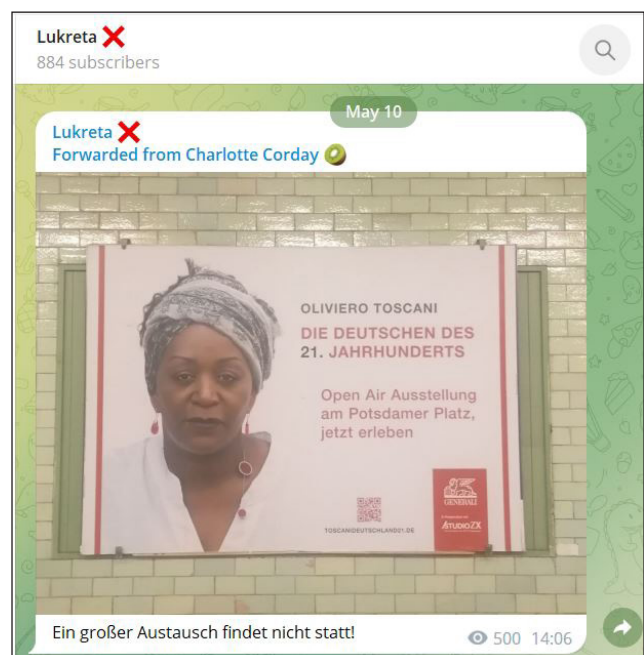
1. RECHTE AKTEUR*INNEN UND AKTIVITÄTEN IM RB KÖLN

Zum Aufgabenfeld der Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus (MBR) gehört unter anderem die Dokumentation von Strukturen, Aktivitäten, Entwicklungen und Veränderungsprozessen der verschiedenen Spektren der traditionellen und der Neuen Rechten. Rechtsextremismus wird von der MBR verwendet für »antimoderne Einstellungen, Handlungen und unterschiedliche politische Strömungen [...], deren verbindendes Element Ungleichwertigkeitsvorstellungen sind und die nach ethnischer Homogenität von Völkern streben«. Kurz gesagt: Menschen, die sich extrem rechts verorten, stehen dem Gleichheitsgebot der Menschenrechts-Deklaration diametral gegenüber. Zentrale Ideologieelemente der extremen Rechten sind unter anderem: (antimuslimischer) Rassismus, Antisemitismus, Chauvinismus, Nationalismus, Sozialdarwinismus, Verharmlosung des Nationalsozialismus, Sexismus, Heteronormativität, Antifeminismus, Rassismus gegen Sinti*zze und Rom*nja und die Befürwortung autoritärer Herrschaftsformen. Die im Folgenden dargestellten Akteur*innen weisen alle entsprechende Ideologieelemente auf. Dies bedeutet jedoch nicht, dass bei allen ein geschlossenes extrem rechtes Weltbild nachzuweisen wäre. Mit dazu kommen auch weitere Differenzierungen, wie beispielsweise verschwörungsideologische Aktivitäten im Rahmen der Proteste gegen die Corona-Schutzverordnungen. Gerade dort, wo unterschiedliche Strömungen zusammenwirken, lassen sich diese nicht immer trennscharf abgrenzen und bestimmten Kategorien zuordnen. Insofern dient der Begriff »rechts«, wie er in der Überschrift dieses Kapitels explizit verwendet wird, als Sammelbegriff. Er umfasst neonazistische, extrem rechte, rassistische, antisemitische und verschwörungsauffine Akteur*innen.

¹ Bundesverbands Mobile Beratung e.V. (Hg.) (2020): Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Inhaltliche und methodische Grundsätze. Online im Internet unter: https://www.bundesverband-mobile-beratung.de/wp-content/uploads/2021/06/BMB_Grundsatzpapier_2021.pdf (abgerufen am 29.09.2021), S. 18.

1.1 Lukreta

Bei **Lukreta** handelt es sich um eine neurechte Gruppierung, die sich selbst als »unabhängige Initiative junger Frauen« beschreibt und primär antifeministische Inhalte verbreitet. Die Aktivist*innen instrumentalisieren Themen wie sexualisierte Gewalt und Femizid für ihre rassistische Agitation. Geradezu Tradition ist es, dass **Lukreta** zum Jahresanfang mit einem Video an die Köln Silvesternacht 2014/2015 erinnert, die quasi den Gründungsmythos der Gruppe darstellt. So wird in einem Video die Behauptung erhoben, dass 2015 eine »nicht enden wollende Welle der Gewalt gegen Frauen« begonnen habe, was aber von den »Altparteien« verschwiegen und verdreht werde. Sexualisierte Gewalt wird von der Gruppe lediglich als »fremd« definierten Personen (»die Ausländer«, »die Muslime«) zugeschoben. Dabei wird ausgeblendet, dass ein Großteil entsprechender Delikte statistisch gesehen nach wie vor im familiären und im Bekanntenkreis und innerhalb von Beziehungen verübt wird.



Rassistische Verschwörungserzählung bei Lukreta. Telegram-Screenshot des Lukreta Kanals vom 10. Mai 2022, zuletzt abgerufen am 13.12. 2022.

Besagtes Video zeigt im Übrigen auch die Vernetzung von **Lukreta** in die **Alternative für Deutschland** und darüber hinaus auf: So treten dort neben der Gründerin Reinhild Boßdorf, die lange Zeit eine der zentrale Figuren der **Identitären Bewegung (IB)** war, auch die **AfD**-Influencerin Marie Thérèse Kaiser, die **Junge Alternative (JA)**-Funktionärin Mary Khan-Hohloch, die Wuppertaler Aktivistin Manuela Pluta, die Beisitzerin des Bundesvorstandes der **JA**, Anna Leisten, sowie eine anonyme Aktivistin aus Deutschland (»Sarah«) und eine weitere anonyme Aktivistin aus Frankreich auf.

Am 7. Februar 2022 erinnerten die rechten Aktivist*innen an den Femizid an Hatun Sürücü, die 2005 durch ihren Bruder ermordet wurde. Daraufhin entbrannte eine gesellschaftliche Debatte rund um das Thema »Ehrenmorde«. An weiteren Beispielen lässt sich aufzeigen, dass selektiv nur den Opfern von Femiziden gedacht wird, bei denen die Täter in die rassistische Erzählung von **Lukreta** passen – andere Opfer tauchen nicht auf.

Am 7. Mai fand in Potsdam ein von Mary Khan-Hohloch organisiertes Treffen der **Programmgruppe »Feminismus von rechts«** statt. Reinhild Boßdorf hielt dort einen Vortrag über die historische Entwicklung der »Frauenbewegung«. Auf Telegram teilte **Lukreta** am selben Tag einen Post von **»Charlotte Corday«**. Zu sehen ist ein Plakat der Berliner Ausstellung **»Die Deutschen des 21. Jahrhunderts«** von Oliviero Toscani, auf dem eine Schwarze Frau abgebildet ist. Das Plakat wird mit dem vermeintlich ironisch gemeinten Kommentar versehen: »Ein großer Austausch findet nicht statt!«. Hier bedient sich **Lukreta** offen derselben rassistischen und antisemitischen Verschwörungserzählung, die auch die Rechtsterroristen von Utoya, Christchurch, Halle und zuletzt Buffalo zu ihren rechtsterroristischen Anschlägen motivierte.

Ein weiteres Thema, das **Lukreta** stark bespielt, ist die angebliche »Zerstörung« der traditionellen Familie durch die **LGBTIQ*-Bewegung**. Dazu finden sich beispielsweise transfeindlichen Artikel von Reinhild Boßdorf auf der neurechten Plattform **Krautzone** veröffentlicht. Im Februar wurde hier gegen die Grünen-

Politikerin Tessa Ganserer gehetzt. Auch in den Sozialen Medien verfasst **Lukreta** wiederholten transfeindlichen Posts oder leitet diese weiter. Mit dem tödlichen homofeindlichen Angriff auf den trans Mann Malte im September 2022 in Münster änderte sich die Agitation. In einem weiteren Artikel auf **Krautzone** genderte Boßdorf plötzlich durchgehend und verkniff sich beinahe jede transfeindliche Spitze – denn mit dem mutmaßlichen Täter Nuradi A., einem abgelehnten Asylbewerber aus Tschetschenien, passte der Fall wieder ins rassistische Schema. Geschickt gelang es **Lukreta** im Jahr 2022, sich und die eigenen Thesen mit Hilfe der **AfD** im politischen Tagesgeschehen unterzubringen, sich zu vernetzen und teilweise sogar in die Schlagzeilen zu kommen. Dies zeigte sich nicht zuletzt am 8. März: Das Social Media-Team des Landtages NRW hatte die frauenpolitischen Sprecherinnen der vertretenen Landtagsfraktionen dazu aufgerufen, mit einer selbstgewählten Tandem-Partnerin in einem kurzen Statement über »Frauen in Führungspositionen« und die Bedeutung des Weltfrauentages zu sprechen. Die damalige frauenpolitische Sprecherin der **AfD**, die Kölnerin Iris Dworeck-Danielowski, holte Boßdorf mit ins Boot.



Zwischen unverhohlener Freude über den PR-Coup und Ärger über die Reaktion bei Iris Dworeck-Danielowski. Screenshot von der Facebook-Seite von Iris Dworeck-Danielowski vom 8. März 2022, zuletzt abgerufen am 13.12.22.

Die Kernaussagen ihres Statements bewegten sich im **Lukreta**-üblichen antifeministischen Duktus rund um die Themen Transfeindlichkeit und Ablehnung der Frauenquote.

Besonders pikant ist, dass später am selben Tag das Verwaltungsgericht in Köln feststellte, dass der Verfassungsschutz die gesamte **AfD** als rechts-extremistischen Verdachtsfall beobachten darf. Es gebe »ausreichende tatsächliche Anhaltspunkte für verfassungsfeindliche Bestrebungen innerhalb der Partei«, so das Gericht in seinem noch nicht rechtskräftigen Urteil.

Lukreta arbeitet weiterhin an der Vernetzung und öffentlichkeitswirksamen Inszenierung von Frauen in der extremen Rechten. So werden seit einiger Zeit vermehrt die Beiträge der neurechten Influencerin Nina Charlotte Hörig aus Berlin geteilt, die unter dem Künstlernamen Vanmeer als Schauspielerin arbeitet und für ihre Polit-Arbeit als »Charlotte Corday« auftritt. Reinhild Boßdorf nahm mit ihr sogar einen Podcast für die **Krautzone** auf, der am 1. Mai auf YouTube veröffentlicht wurde.

Am 22. Mai startete auf allen **Lukreta**-Kanälen die Bewerbung eines sogenannten »Frauenkongresses«, der am 11. Juni in Münster im Landeshaus der Landschaftsversammlung Westfalen-Lippe (LWL) stattfand. Als »Redner« [sic!] waren die bayrische **AfD**-MdB Gerrit Huy, die eingangs erwähnte Nina Charlotte Hörig aka »Charlotte Corday« sowie Anna Rathert, eine Rechtsanwältin und »**AfD** Mitglied aus Recklinghausen und dreifache Mutter« geladen. Ein von der **JA** für den 24. Juni in Köln geplanter »Jugendkongress«, bei dem Boßdorf ebenfalls als Rednerin angekündigt war, wurde wieder abgesagt. (s. -> **AfD**)

Am 25. Oktober nahm Reinhild auf Einladung von EU-MdP Gunnar Beck (**AfD**) an einer Podiumsveranstaltung zum Thema »Feminismus von Rechts« der EU-Parlaments-Fraktion **Identität und Demokratie** teil. Ab Mitte November wurde eine weitere »**Lukreta**-Tagung« im »Großraum Köln« für den 3. Dezember beworben und es fanden wiederholt Treffen »in kleiner Runde« statt.



Revolte Rheinland auf der Klimademo in Bonn am 23.09.22

1.2 Identitäre Bewegung und Revolte Rheinland

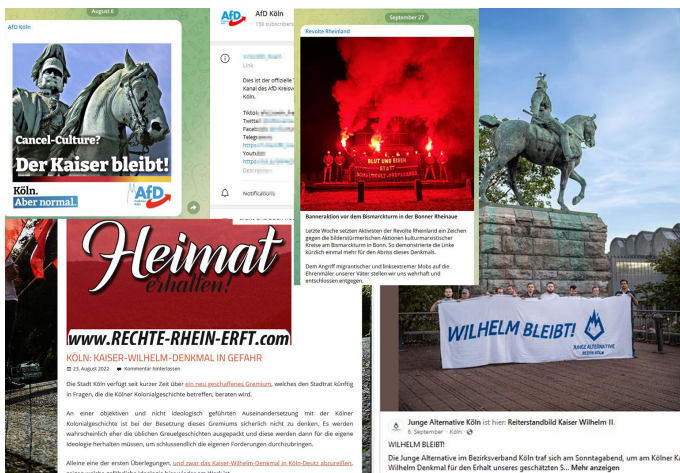
Im Regierungsbezirk Köln, wie in vielen anderen Teilen Deutschlands, trat die sogenannte **Identitäre Bewegung** 2022 nicht mehr in Erscheinung. Dies deckt sich mit den Beobachtungen aus dem Vorjahr. Mitglieder der **IB** sind jedoch weiter in rechten Kontexten (zum Beispiel in der **JA** oder der **AfD**) aktiv. Andere formieren sich in neuen, elitär auftretenden neofaschistischen Gruppen. Diese verfolgen das Ziel, in der extrem rechten Szene eine Vorbildfunktion einzunehmen. Die **Revolte Rheinland** ist hierfür ein Beispiel. Sie tat sich ab Ende 2021 bei Protesten gegen die Corona-Schutzverordnungen hervor und führte diesen Kurs Anfang 2022 weiter. Mit einem antikapitalistischen Banner auf einer Demonstration gegen die Corona-Schutzmaßnahmen am 8. Januar in Bonn sorgten sie für hitzige Diskussionen innerhalb der rechten Szene. Allerdings gelang es ihnen weder in Bonn noch in Düsseldorf die Demonstrationen langfristig für sich zu vereinnahmen. So beschränkten sich die Aktivitäten der **Revolte** im Frühling und Sommer auf einzelnen Flugblatt- und Plakataktion, bei denen die antisemitische Verschwörungserzählung des »Great Reset« bedient wurde, sowie das Fotografieren von Transparenten, die im Anschluss über Telegram geteilt wurden. Beispielsweise posierten die Mitglieder der **Revolte Rheinland** mit einem

»Wir sind die Rote Linie«-Banner vor der Nibelungenhalle Königswinter – hierbei waren die stilisierten Hakenkreuze in der Fassade gut sichtbar. Darüber hinaus teilte die **Revolte** winzigste Aktionen, die unter dem Logo der **IB-Rheinland-Pfalz** durchgeführt wurden. Hierbei handelte es sich um das Verkleben von ein paar wenigen **IB**-Stickern in Bonn und Koblenz oder einer Handvoll Plakate rund um Koblenz. Tatsächlich liegt eine Personalunion zwischen den beiden Gruppen mehr als nahe, denn inzwischen werden auf dem **IB**-Kanal nur noch **Revolte Rheinland**-Inhalte weiterverbreitet.

Eine Wanderung im Juli mit anschließendem Grillen wurde ebenfalls propagandistisch ausgeschlachtet. Mit dieser Inszenierung von Kameradschaft und »geselligem Beisammensein« wurde unter anderem um neue Mitglieder geworben.

Im August wurde über den Telegram-Kanal die Gründung eines neuen Ortsverbandes für die Region Köln/Bonn verkündet. Öffentlich in Erscheinung trat dieser dann am 23. September, als die Mitglieder in Bonn ein Banner auf der Demonstration zum Klimastreik von **Fridays for Future** entrollten. Nachdem sie der Demonstration verwiesen wurden, wurden sie von der Polizei festgesetzt.

Die **Revolte Rheinland** versucht sich – ganz in der Tradition der **IB** – als intellektuelle rechte Elite zu inszenieren. So besuchten nach eigenen Angaben zwei Aktivisten die Sommerakademie des neurechten Think Tanks **Institut für Staatspolitik** in Schnellroda.



Rechte Erinnerungskultur – eine Collage zum Denkmalschutz

Im September zeigte die **Revolte** ein Banner vor dem Bismarckturm in der Bonner Rheinaue mit der Aufschrift »Blut und Eisen statt Schuld-kult-Propaganda«. In einem Posting im Nachgang erklärte die **Revolte Rheinland** in ungewohnt offener extrem rechter Sprache: »**Das deutsche Volk als Schicksalsgemeinschaft aus Abstammung, gemeinsamer Geschichte und Kultur ist der größte Dorn im Auge der globalistischen Eliten und steht somit dem gesellschaftlichen Transformationsprozess des Great Reset im Wege. Es gilt damals wie heute: »Halten die Deutschen zusammen, so schlagen sie den Teufel aus der Hölle«**«. Hier zeigt sich nicht nur ein völkisches Blut-und-Boden-Denken, es wird sich auch um antisemitische Codes bemüht.

Die Aktion reihte sich in verschiedene erinnerungspolitische Aktivitäten im Sommer ein, organisiert von der **Revolte Rheinland** über **AfD/JA** bis hin zur Kleinstpartei **Die Rechte**. Dabei ging es immer um den Erhalt von Denkmälern wie dem Kaiser-Wilhelm-Standbild an der Kölner Hohenzollernbrücke. Während mit der **Revolte Rheinland** ein Nachfolgeprojekt der **IB** auf den Plan trat, gingen die Aktivitäten der **IB**-nahen Gruppe **Widerstand steigt auf** wie schon im Jahr 2021 massiv zurück. 2022 konnten nur vereinzelte Aktivitäten verzeichnet werden. Unter ihrem Label **Citadelle e.V.** wurde wie 2021 auch 2022 kein einziger Post auf der Website veröffentlicht.

1.3 Burschenschaften

Anders dagegen die Burschenschaften. Im Regierungsbezirk Köln sind die **Brünner Burschenschaft Libertas zu Aachen**, die **Alte Breslauer Burschenschaft der Raczecks zu Bonn** und die **Kölner Burschenschaft Germania** Teil des Kooperationsverbandes **Deutsche Burschenschaft (DB)**, der als völkisch und extrem rechts gilt.

Streit gab es um Matthias Helferich (**AfD**), von dem im Vorfeld der Bundestagswahl bekannt geworden war, dass er sich in einem älteren internen Chat als »demokratischen Freisler« und »das freundliche Gesicht des NS« bezeichnet hatte. Mehrere »Alte

Herren« (Mitglieder einer Burschenschaft, die nicht mehr studieren) der **Bonner Burschenschaft Frankonia** sorgten sich um ihren Ruf und strebten ein verbindungsinternes »Ehrenratsverfahren« gegen Helferich an. Bei der Mitgliederversammlung am 11. Dezember 2021 wurde gegen den Widerstand der nicht stimmberechtigten Aktivitas (studierende Mitglieder einer Burschenschaft) der Ausschluss Helferichs beschlossen. Dass es bei diesem Ausschluss aber eher um die Außenwirkung als um ein Problem mit rechter Gesinnung ging, zeigt die Tatsache, dass Felix Cassel, der aktuelle Landesvorsitzende der **Jungen Alternative**, weiterhin Mitglied der **Frankonia Bonn** ist – und auch nach dem Ausschluss Helferichs noch mit ihm zusammen Videos veröffentlichte (siehe dazu → **Junge Alternative**).

Neben Helferich und Cassel gibt es weitere Verbindungen zwischen Burschenschaften und der **AfD**. So gratulierte die **DB** nach der Landtagswahl ihren »Bundesbrüdern« Zacharias Schalley (**AHB! Rhenania-Salingia zu Düsseldorf**), Dr. Hartmut Beuker (**Hanseatia Passau und Germania Köln**) sowie Klaus Esser (**Germania Köln**) zum Einzug in den Landtag NRW, erwähnte aber explizit auch Burschenschaftler anderer Kooperationsverbände. In der Ausgabe 3/22 der **Burschenschaftlichen Blätter**, der Verbandspublikation der **DB**, findet sich eine ganzseitige Anzeige, die für Spenden für die **AfD** wirbt. In der Ausgabe 1/21 des Verbandblattes der **ADB**, **Der Burschenschaftler** schrieben gleich drei **AfD**-Abgeord-



ADB gemeinsam mit DB in Eisenach, hier links im Bild die »Rhein-Salingen« Maximilian Schmitz und Jeremy Franosch. Screenshot der Burschenschaftlichen Blätter (pdf-Dokument), zuletzt abgerufen am 13.12.22.

nete: Sven Tritschler (**AfD**-MdL NRW, Burschenschaft **Alemannia in Köln**), Dr. Anton Friesen (**AfD**-MdB) und Hans-Ulrich Voß (**AfD**-MdL Hessen, Burschenschaft **Teutonia in Aachen**).

Auch eine Zusammenarbeit zwischen Burschen der Düsseldorfer Burschenschaft **Rhenania-Salingia** und der **Libertas Aachen** zeigt, wie gut die Kontakte untereinander sind. So filmte etwa ein Bursche der **Libertas** und ehemaliger stellvertretender Sprecher der **AfD** in Aachen, Peter Kayser, die Propagandafilme der **Rhenania-Salingia**. Aus den Reihen der **Rhenania-Salingen** stammt auch das rechte Rap-Projekt **Die Renovatio** rund um den als Rapper auftretenden Burschen und Sprecher der **DB**, Jeremy Franosch. Im Januar 2022 erschien ein Video **Die Renovatio**, das teilweise im damals noch von Umweltaktivist*innen besetzten Dorf Lützerath gedreht wurde. Das Video wurde unter anderem von der **JA NRW** auf Facebook geteilt.

Die meisten öffentlich wahrnehmbaren Aktivitäten der Burschenschaften – abseits von parteipolitischen Aktivitäten ihrer Mitglieder und Veröffentlichungen in eigenen Publikationen oder über die Sozialen Medien – sind zumeist Vorträge, Tagungen, sogenannte »Kneipen« und größere Verbandstreffen. Am »Volkstrauertag«, dem 13. November, veranstalten viele Burschenschaften ein verklärtes und oft revisionistisches »Heldengedenken«. Der Kölner **AfD**-Funktionär und Bursche der **Alemannia Köln**, Matthias Büschges, ließ es sich etwa nicht nehmen beim Totengedenken der **AfD** seine »Farben« zu tragen. Die **Brünner Burschenschaft Libertas zu Aachen (DB)** fuhr zum Burschenschaftsdenkmal ins belgische Langemark und besuchte anschließend ihre »Farbenbrüder« des rechtsnationalen **Katholiek Vlaams Hoogstudenten Verbond**. Auch die **Frankonia Bonn** und die **Syburgia Dortmund** waren anwesend. Die belgische Studentenverbindung organisierte schon Vorträge mit Jean-Marie Le Pen (französischer Rechtsextremist und Holocaustleugner), David Duke (US-Neonazis und Führer des **Ku-Klux-Klans**) und Gabriele Adinolfi (italienischer Neofaschist und einer der führenden Ideologen der extremen Rechten in Europa).

1.4 Verschwörungsideologisch geprägte Proteste

Der bisherige Höchststand der Proteste gegen die Corona-Schutzmaßnahmen, die an dieser Stelle nicht umfassend wiedergegeben werden können², wurde schon zu Anfang des Jahres erreicht – mit oft unangemeldeten, als »Spaziergänge« verharmlosten, Aufmärschen in vielen Städten und kleinen Gemeinden. Die größere von ihnen umfassten mehrere Tausend Teilnehmende, etwa in Köln, in Bonn, Gummersbach oder Aachen. Die Beteiligung neonazistischer, extrem rechter oder völkischer Akteur*innen ließ sich fast überall in schwankender Eindeutigkeit und Relevanz beobachten. Bis ins Lokalfernsehen brachte es beispielsweise ein Mann, der am 17. Januar in Köln an der Spitze einer entsprechenden Demonstration mitging. Just in dem Moment, in dem die Ansagerin behauptete »hier laufen keine Nazis mit«, zeigte er wiederholt den Hitlergruß. Danach reihte er sich hinter das Frontbanner ein.

² So gab es alleine in Aachen teilweise vier verschiedene entsprechende Kundgebungen pro Woche.

Auch die Rechtsaußen-Parteien nahmen sich des Themas an. So erklärte die **AfD Corona** auf ihrem Landesparteitag Anfang Februar in Siegen zum Hauptthema bis zur Landtagswahl und nahm fast überall an den Demonstrationen teil. An besagtem 17. Januar waren beispielsweise etliche **AfD** Mitglieder unter den ca. 2.000 Demonstrierenden in Köln anwesend. Mit darunter waren Iris Dworeck-Danielowski, Fabian Jacobi, Christer Cremer, Phillip Busch und Rainhard Krasson. Laut »Köln gegen rechts« nahm Krasson auch schon in anderen Städten im Block der **Revolte Rheinland** an Demonstrationen gegen die Corona-Schutzmaßnahmen teil. Darüber hinaus mobilisierte die **AfD** für den »5-Minuten-Impfstreik« und beteiligte sich in den lokalen Telegram-Gruppen. In Leverkusen wurde der Protest von Beginn an hauptsächlich vom **Aufbruch Leverkusen** getragen und organisiert. Und auch die Kleinstpartei **Die Rechte** beteiligte sich wiederholt im Rhein-Erft-Kreis und in Köln an entsprechenden Demonstrationen.



Aufmarsch am 4. September in Köln.

In Bonn nahm die Beteiligung der **Revolte Rheinland** schnell ab, als es Widerstand gegen ihre Vereinnahmungsversuche gab. In Gummersbach war zumindest online ein besonders starker Einfluss von völkischer Ideologie und Reichsbürger*innen-Thesen bemerkbar und in Köln wurde die – nicht nur ideologische – Nähe von Bianca Pfaffenholz' Gruppe **Köln ist aktiv** zur extremen Rechten in der Vergangenheit wiederholt dokumentiert. Beispielsweise wurde die Demonstration von **Köln ist aktiv** mehrfach von Thomas Breuer und Jan Fartas angeführt. Der vorbestrafte Neonazi Fartas ist Mitbegründer der Gruppe **Köln für deutschen Sozialismus**.

Mit dem Angriff der russischen Streitkräfte auf die Ukraine im Februar 2022 begann eine neue Phase der verschwörungsideologisch geprägten Demonstrationen. Es entstanden nicht nur bürgerliche Friedensdemonstrationen, sondern auch prorussische Proteste, die oft als Autokorsos durchgeführt und von Akteur*innen organisiert wurden, die bislang nicht im Kreis der extremen Rechten aufgetaucht waren. Dies geschah oft aus dem Umfeld der ultranationalistischen, Putin-treuen, russischen Rockergruppe **Nachtwölfe** heraus. Die Protagonist*innen der bisherigen Corona-Proteste stellten sich zwar tendenziell deutlich auf Seiten Putins, von dem sich manche*r **Q-Anon-Anhänger*in** sogar die »Befreiung« von der imaginierten Corona-Diktatur erhoffte, von einer wirklichen »Vereinigung« der beiden »Bewegungen« auf der Straße, kann jedoch nicht gesprochen werden. In kursierenden Verschwörungserzählungen handelt es sich bei Russlands Einmarsch in die Ukraine nicht etwa um einen machtpolitisch motivierten Angriffskrieg, sondern um den Beginn der »Befreiung« vom »Deep State«. So behauptet etwa Johanne Liesegang (Köln) nach Bekanntwerden des Massakers von Butscha, es habe sich um eine »False Flag«-Aktion der Ukraine gehandelt. Bianca Pfaffenholz (**Köln ist aktiv**) äußerte, dass man sich »seit 2020 in Deutschland selber im Krieg« befände. Das würde aber niemanden interessieren. Natürlich sei sie für Frieden »auch in unserem Land, weil wir hier auch Krieg haben«. Der Krieg werde mit »Biowaffen geführt«. Durch die Gleichsetzung des Krieges in der Ukraine mit Schutz-

impfungen gegen Covid 19 verharmloste Pfaffenholz ersteren und setzte die Impfung in verschwörungsideologischer Manier mit tödlichen Biowaffen gleich. Die Verschwörungserzählungen beinhalteten nicht mehr »nur« die Corona-Pandemie und den Angriffskrieg Russlands, sondern wurden mitunter auf fast alle Aspekte des Lebens ausgebreitet. Pfaffenholz bezeichnete den rechtsterroristischen Anschlag von Hanau als »die größte Lüge«, Liesegang leugnete die Existenz des **NSU** und machte eine »Staatsantifa« für die rechtsterroristische Mordserie verantwortlich. Auch die Verschwörungserzählungen von Chemtrails und Wettermanipulation wurden wieder en vogue.

Der Ukraine-Krieg verdrängte die Corona-Pandemie aus der medialen Berichterstattung. Mit Beginn des Frühlings wurden die meisten Schutzmaßnahmen zurückgenommen und die Teilnehmer*innenzahlen auf den entsprechenden Demonstrationen begannen zu sinken. Damit stieg auch der Frust der Organisierenden, die sich inzwischen, oder bereits von Anfang an, nicht weniger als den »Sturz des Regimes«, also das Ende des demokratischen Systems, erhofften. Auch immer häufiger stattfindende Gerichtsverfahren wegen Verstößen gegen das Versammlungsrecht und Corona-Schutzverordnungen sowie Volksverhetzung, Beleidigung, tätlichen Angriffen, Landfriedensbruch und ähnlichen Straftaten ließen den Frust wachsen. So wurde etwa der Heinsberger Neonazi Marc Tim Mehr im Februar wegen des Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz bei der Leitung einer Impfgegner*innen-Kundgebung in Düsseldorf zu 60 Tagessätzen verurteilt. Bianca Pfaffenholz wurde am 6 April, vertreten von Dirk Sattelmaier, in einer Versammlungssache freigesprochen. Ein weiteres Verfahren wegen Beleidigung wurde verschoben und Ende November musste ein Wortführer der Corona-Proteste in Waldbröl eine Erzwingungshaft antreten, da er seine aus wiederholten Verfahren angefallenen Bußgelder nicht bezahlte. Nicht zuletzt um die Proteste am Leben zu erhalten wurden andere Formen erprobt. So wurden beispielsweise vor der NRW-Landtagswahl im Mai wiederholt Wahlkampfauftritte gestört, vor allem der **Grünen**.

Mit der sogenannten »**Galerie des Grauens**« und mehreren fast identischen Kopien (zum Beispiel »**Straße des Erwachens**« oder »**Galerie der Impfschäden**«) wurde in verschiedenen Städten eine Art Wanderausstellung des evangelikalen Christen, Impfgegners und Abtreibungsgegners Peter Ganz gezeigt. Diese besteht aus laminierten Ausdrucken, die Pressemeldungen sowie angebliche Belege über »Impfopfer« zeigen. Diese Berichte werden mit Hetze gegen Abtreibungen sowie mit extrem rechten verschwörungsideologischen Erzählungen und Shoa-Relativierung verknüpft.

Ein weiteres Netzwerk ist das »medienkritische« Aktionsbündnis **Leuchtturm ARD**, ein Projekt des deutschen Filmemachers und **Querdenkers** Jimmy C. Gerum gegen den öffentlich-rechtlichen Rundfunk mit dem zu Mahnwachen vor Rundfunkanstalten aufgerufen wird. Dem ersten Aufruf im Juli folgten in Köln um die 100 Personen, die sich vor dem WDR versammelten. In Bonn kamen ca. 20 Personen vor Phönix und in Aachen ca. 50 vor dem WDR zusammen. Diese Mahnwachen wurden trotz schnell gesunkener Teilnehmendenzahl bis Ende des Jahres teilweise wöchentlich fortgeführt und vor allem aus dem Umfeld der Partei **dieBasis** beworben. Am 26. Juli twitterte ein Kölner FDP-Mitglied unter dem Pseudonym »Mic de Vries« unter den Hashtags #wirhabenmitgemacht und #wirhabenausgegrenzt eine Liste an Zitaten. Dort markierte er nicht nur die Politiker Lauterbach und Scholz, sondern auch Ärzt*innen für die Online-Community als Ziel. Selbst nach dem Suizid der österreichischen Ärztin Lisa-Maria Kellermayr rief er weiterhin zur »Ergänzung« auf. Kellermayr wurde monatelang von Impfgegner*innen bedrängt, beschimpft, gestalked und mehrfach mit dem Tode bedroht. Im Oktober veröffentlichte »Mic de Vries«, dass gegen ihn nun ein Verfahren wegen des §126a StGB, »Gefährdendes Verbreiten personenbezogener Daten« laufe. Das verschwörungsideologische Milieu versuchte ebenso, sich des Themas Inflation, Energiepreise und hohe Lebenshaltungskosten zu bemächtigen, so beispielsweise im Rahmen der »Montagsspaziergänge«.

In Köln fand Anfang September eine NRW-weit beworbene Demonstration unter dem Motto »Unser Leben muss bezahlbar bleiben – Schluss mit Preissteigerungen und Energiekrise« statt. Aufgerufen hatte ein Bündnis verschiedener Gruppen, die noch vor kurzer Zeit vornehmlich gegen die Corona-Schutzmaßnahmen auf die Straße gegangen waren. Neben **Köln ist Aktiv** waren unter anderem die **Apo Düsseldorf**, als deren Sprecherin und zentrale Figur die **dieBasis**-Politikerin Mona Aranea auftritt, sowie Zusammenhänge aus Oberhausen, Mönchengladbach, Bochum, Dortmund und Siegen anwesend. Angezogen wurden nicht nur bekannte **Querdenker*innen** und eine Vielzahl rechter Streamer*innen, sondern auch bekannte Neonazis aus dem Regierungsbezirk Köln wie Cindy Kettelhut oder der dem völkischen **Flügel** zugerechnete AfD-Politiker Theo Gottschalk. Für den 4. Dezember 2022 rief Markus Beisicht mit seinem Verein **Aufbruch Leverkusen** (s.u.) zu einer Großdemonstration unter dem Motto »Stop Waffentlieferungen. Stop Preissteigerungen. Stop Sanktionen« auf. In Beisichts Kanzlei wurde u.a. von Elena Kolbasnikova, die ebenso fleißig für diese Demo geworben hatte, der Verein »Die Brücke zwischen Russland und Deutschland« gegründet. Auch wenn sich dabei neue Zielgruppen hätten erschließen können, blieb die Teilnehmendenzahl der Veranstaltung weit unter den Erwartungen. Allgemein blieben die rechten Straßenproteste bei den sozialen Themen in der Region Köln mehr oder weniger aus.

Neben den Aktivitäten auf der Straße werden viele Verschwörungsnarrative online weitergetragen. Von Bedeutung ist dabei die Vernetzung über **Telegram-Gruppen** wie bei den **Patrioten in Köln**. Darüber hinaus gibt es zahlreiche weitere Zusammenhänge, die den verschwörungsideologischen Spektren zuzuordnen sind.

1.5 Weitere Akteur*innen

Im Zusammenhang mit einer Zunahme von positiven Hinwendungen zu Verschwörungserzählungen und Reichsbürger*innenideologie nehmen auch völkische Siedlungsprojekte zu. Der Kölner Stadt-Anzeiger berichtete am 12. November von Bemühungen der Anastasia-Bewegung in NRW Immobilien zu finden um die in der Szene propagierten »Familienland-sitze« zu schaffen oder gleich ganze Siedlungen mit »einer unabhängigen Zeitung, einer Schule, eigenem Gemüseanbau und Handwerksarbeit« zu gründen. Ein solches Projekt sei derzeit beispielsweise im Raum Windeck bei Bonn in Planung. Der bekannte Anastasia-Aktivist Martin Laker wohne und arbeite inzwischen auch in der Region.



Auf dieser kitschigen Buchreihe des russischen Autors Vladimir Megre rund um die fiktive Anastasia, die alleine in der Taiga leben soll, beruht die naturverbundene und antisemitische Bewegung. Screenshot der Website Anastasia Deutschland, zuletzt abgerufen am 13.12.22.

Am 27. September fand auf einem Privatgrundstück in Reichshof-Heseln im Oberbergischen Kreis ein sogenanntes »WirKreis-Treffen« aus dem Umfeld der Impfgegner*innen- und Reichsbürger*innenszene statt. Hierfür war der bekannte **Anastasia**-Anhänger Peter Kittl aus Österreich angereist. Mit Kittl ist auch mit Christoph Schäl eng vernetzt. Der frühere Berufssoldat leistet im Oberbergischen Kreis Vernetzungs- und Aufbauarbeit. Er hat hier zum Beispiel mehrere Solidarische Landwirtschaften (SoLaWi) mitgegründet. Vermutlich von der **Anastasia**-Bewegung und dem »Freilernen« beeinflusste »Freie Schulen« entstehen derzeit mindestens in Köln,

Hennef, Solingen und im Oberbergischen Kreis. Wie andere Akteur*innen der extremen Rechten nutzt auch **Frank Kraemer** die Proteste gegen die Corona-Schutzverordnung und die Debatten rund um Corona-Impfungen dazu, seine rechte Agitation anschlussfähiger zu gestalten. Der aus dem Rhein-Sieg-Kreis stammende Kraemer ist in verschiedenen neonazistischen Projekten aktiv und baut diese stetig weiter aus. So betreibt er einen extrem rechten Versandhandel, mehrere Medien- sowie Musikprojekte. Nachdem es eine Zeitlang ruhig um ihn geworden war, meldete er sich im Frühjahr zurück und berichtete vom Besuch des bekannten Holocaustleugners Nikolai Der Volkslehrer Nehrling, der im Rahmen seiner »Volkskraftwochen« mit Kraemer in der Sieg Baden ging.

Kraemer war / ist auch beim **Freundeskreis Rhein-Sieg** aktiv, der lange Zeit weitestgehend identisch mit der früheren **IB**-Abspaltung **Identitäre Aktion** war. Ihre bekannteste Vertreterin war die langjährige Neonaziaktivistin **Melanie Dittmer**. Sie trat dieses Jahr nach einer längeren inaktiven Phase wieder mit verschiedenen Aktionen in die Öffentlichkeit. So veröffentlichte sie Mitte Juli in der **Deutschen Stimme**, dem **NPD**-Presseorgan, einen hochgradig rassistischen Text über »fahrendes Volk« in Fiersbach im Westerwald. Mitte Juni veröffentlichte sie ihr Rechtsrock-Album **Tragik der Zeit**, welches über den extrem rechten »**Rock Hate Kanal**« auf Telegram beworben wurde. Auf dem Kanal wurde auch ein neues neonazistisches Musikprojekt beworben: **Der R(h)einländer**. In diesem ist neben der altbekannten Rechtsrock-Band **Notwehr** um Alexander Karnath, welcher der wichtigste Kopf hinter dem **Rock Hate** Medienprojekt ist, auch Stefan Strasda aus Velbert involviert. Ebenfalls mit dabei ist der rechte Liedermacher Jens Herder aka **Der Oberberger** aus Wiehl. Dieser steuerte Anfang Oktober »neue kriegstreiberische Melodien« bei. Auch die Kölner Rechtsrock-Band **Combat BC**, die aus der Tradition des »Rock against Communism« kommt, ließ im Jahr 2022 von sich hören. Sie spielte am 3. September mit der britischen Rechtsrock-Band **Tank Turrent** ein Konzert im belgischen Brügge.

Darüber hinaus existieren im Regierungsbezirk Köln weitere mehr oder weniger aktive rechte Zusammenhänge. Die neonazistische Gruppe **Köln für deutschen Sozialismus** war im Jahr 2022 nicht mehr unter diesem Namen im Kölner Stadtbild oder in den Sozialen Medien präsent. Allerdings nahmen unter anderem Jan Fartas und Thomas Breuer an den »Montags-spaziergängen« von **Köln ist Aktiv** teil (siehe → Verschwörungsideologisch geprägte Proteste). Auch die Gruppierung **Internationale Kölsche Mitte/ Begleitschutz Köln** war im Jahr 2022 nicht mehr aktiv. Jedoch tauchten auch hier einzelne Mitglieder hin und wieder auf Protesten gegen die Corona-Schutzmaßnahmen auf. So nahmen die Youtuber Dirk Spelsberg und Achim van Moers (**»Der Kölsche Jung«**) aus diesem Umfeld am 24. Januar an einer entsprechenden Demonstration in Köln teil.

Am Samstag, den 13. August, veranstaltete der islamfeindliche Verein **Pax Europa** eine Kundgebung vor dem Kölner Dom. Mit dabei war der wegen Volksverhetzung bereits verurteilten Michael Stürzensberger sowie Irfan Peci. In Redebeiträgen wurde gegen den Islam gehetzt und anwesende Mitbürger*innen, denen muslimischer Glaube zugeschrieben wurde, provoziert. Auch Roger Beckkamp (AfD) war anwesend, wurde dankend begrüßt und durfte eine kurze Rede halten. Am 5. und 19. November, und zuvor schon am 9. März, war **Pax Europa** erneut vor dem Kölner Hauptbahnhof, um gegen »politischen Islam« und Muezzinrufe zu protestieren.

1.6 Parteien

Die zum Neonazismus zählende **Nationaldemokratische Partei Deutschland** (NPD) trat im Regierungsbezirk Köln im Jahr 2022 erneut kaum in Erscheinung. Beim Landesparteitag am 3. Juli 2022 wurden sowohl Claus Cremer als Landesvorsitzender als auch Melanie Händelkes aus Duisburg und Ariane Meise aus dem Rhein-Sieg-Kreis als seine Stellvertreterinnen bestätigt. Ob sich der weitere Weg in die Bedeutungslosigkeit durch den potentielle Zuwachs über bisherige Mitglieder der neonazistischen Partei

Die Rechte noch aufhalten lässt, ist derzeit (Stand: Januar 2023) noch offen.

Der neonazistische, elitär und militant auftretende **III. Weg** hat seinen Schwerpunkt in NRW im Wesentlichen im Raum Siegen und war im Regierungsbezirk Köln nicht nennenswert aktiv. Der **Stützpunkt Rheinland** (Leverkusen), der seit März 2019 existiert, wurde am 3. Juli 2022 erstmals öffentlich mit einer Flyerverteilung in Wermelskirchen-Tente zum Thema »Härtere Strafen für Kinderschänder« sichtbar tätig.

1.7 Die Rechte

Im Jahr 2022 wie schon im vergangenen Jahr 2021 zeichneten sich die Aktivität des Kreisverbandes



Screenshot der Website des KV Rhein Erft der Partei Die Rechte

Rhein-Erft der neonazistischen Kleinstpartei **Die Rechte** vor allem dadurch aus, dass er die Proteste gegen die Corona-Schutzverordnung kontinuierlich unterstützte und diese für seine rechte und völkische Agitation nutzte. So waren Aktivist*innen vor allem Anfang des Jahres regelmäßig bei den Aufmärschen dabei. Eine eigene Demonstration veranstaltete **Die Rechte** am 1. Mai in Dortmund. Hier waren unter anderem Parteianhänger*innen aus Köln, dem Raum Aachen und dem Rhein-Erft-Kreis anwesend. Wie jedes Jahr berichtete der **Kreisverband Rhein-Erft** von **Die Rechte** am 8. Mai, dem Jahrestag der bedingungslosen Kapitulation aller Streitkräfte Nazi-deutschlands und damit des Endes des Zweiten Weltkriegs in Europa, über seine »traditionelle« Pflege von Soldatengräbern in der Region.

Auch am 13. November, dem Volkstrauertag, wurde **Die Rechte** aktiv. Nachdem sich die Teilnehmer*innenanzahl beim jährlichen geschichtsrevisionistischen »Trauermarsch« in Remagen (RLP) in den letzten beiden Jahren halbierte und zuletzt nur noch etwa 50 militante Neonazis dem Aufruf folgten, kündigten die Dortmunder Organisatoren an, dort dieses Jahr keine Demonstration durchführen zu wollen. Als Ersatz für Remagen wurden 2022 dezentrale »Gedenkveranstaltungen« durchgeführt. Dies geschah beispielsweise im Rheinland gemeinsam mit der **NPD NRW** und **Freien Kräften**. Ein Artikel des **Die Rechte** Kreisverbands Rhein-Erft zeigt René Laube (KAL, S52) mit Fackel und einen Kranz, auf dem der Schriftzug **NPD NRW** verpixelt wurde. Stattgefunden haben soll das Ganze auf dem »Ehrenfriedhof« in Mönchengladbach-Wickrath. Anfang Januar 2023 gab der KV Rhein-Erft, wie auch andere Kreisverbände, seine Auflösung bekannt. Es werde jedoch ein »baldiges Wiedersehen« geben.

Die im Aachener Raum agierende neonazistische Gruppe **Syndikat 52** (S52), die sich als Nachfolgeorganisation der 2012 verbotenen **Kameradschaft Aachener Land** versteht und als Vorfeld-Organisation der Partei **Die Rechte** betrachtet werden kann, scheint ihre öffentlichen Aktivitäten weitgehend zurückgefahren oder ins Private verlagert zu haben. Am 23. Juni 2022 wurden zwei S52-Aktivist*innen nach der Schändung des jüdischen Friedhofs in Geilenkirchen im Dezember 2019 vom dortigen Amtsgericht zu Bewährungsstrafen verurteilt. Der Auszubildende Florian T. (23) aus Gangelt wurde zu einem Jahr und einem Monat Haft, ausgesetzt für vier Jahre zur Bewährung, verurteilt. Der Umschüler Björn G. (35) aus Selfkant wurde zu einem Jahr und drei Monaten Haft verurteilt, ebenso ausgesetzt zur Bewährung. Bei der Durchsuchung seiner Wohnung wurde außerdem Kinderpornografie gefunden, weshalb weitere Ermittlungen laufen. Beide müssen als Bewährungsaufgaben jeweils 2.500 Euro Geldbuße an eine gemeinnützige Einrichtung zahlen.

1.8 Aufbruch Leverkusen

Der **Aufbruch Leverkusen** (AL) ist eine weitere rechte Kleinstpartei im Regierungsbezirk Köln. Er kann als eine Nachfolgeorganisation von **pro NRW** für die Stadt Leverkusen bezeichnet werden – nicht zuletzt da Markus Beisicht (ex **pro NRW**) lange Zeit den Vorsitz der Partei innehatte. Zwar ist der Wirkungskreis des **AL** begrenzt, aber die Partei war das ganze Jahr 2022 über sichtbar. Im Januar wurde deutlich, dass hinter den angeblich bürgerlichen, spontanen Protesten gegen die Corona-Schutzmaßnahmen in Leverkusen der **AL** stand. So stellte er nicht nur Technik, Werbekanäle und Redner*innen zur Verfügung, sondern die Schriftführerin der Vereinigung, Olga Stodola, meldete die Kundgebungen auch an. Hier tauchte immer wieder der deutschlandweit bekannte, vielfach vorbestrafte gewalttätige Neonazi Alexander Kurth (ex-**NPD**, ex-**DIE RECHTE**, **Thügida**) auf, der die Veranstaltungen filmisch dokumentiert und über das extrem rechte Propagandaportal **Ungetrüb Media** veröffentlichte. Er trat auch als Redner auf.

Am 27. August fand auf dem Landsitz von André Poggenburg in Sachsen-Anhalt das Sommerfest des rechten **Compact**-Magazins statt. Hier war viel extrem rechte Prominenz anzutreffen: unter anderem Beisicht, Kurth, Elena Kolbasnikova mit ihrem Mann »Max« und Jens Wilke (**Republikaner Niedersachsen**, **Thügida**). Kolbasnikova wurde unter Applaus und »Moskau-Moskau« Gesang auf die Bühne gebeten und als die Person angekündigt, die den größten Autokorso in Deutschland organisiert habe. Ihr Co-Organisator und Mann »Max« erweckte nicht zuletzt bei dem Autokorso am 8. Mai 2022 mit Rockerkutte und Headset den Eindruck als sei er als Security tätig. Angereist ist das Paar als Teil einer fünfköpfigen Reisegruppe in einem schwarzen SUV, welcher auf der Seite einen Wolfskopf zeigte. Derselbe SUV führte am 4. September als Lautsprecherwagen die Demonstration »Deutschland wach auf« in Köln an. Eine Verbindung zur ultranationalistischen, Putintreuen russischen Rockergruppe **Nachtwölfe** drängt sich durch diese gehäuften Hinweise geradezu auf. Auch Markus Beisicht stand als Teil einer Podiums-



Theo Gottschalk, Markus Beisicht, André Poggenburg und Elena Kolbasnikova (durch NATO-Schild verdeckt) am 4. September in Köln

diskussion auf der Bühne, verbreitete rassistische Erzählungen und schwor das Publikum auf die »Schlacht« ein, die diesen Herbst geschlagen werden müsse. Außerdem betreute Beisicht auf dem Sommerfest einen Infostand und bewarb eine Demonstration in Köln. Insgesamt war das Sommerfest vor allem als Netzwerktreffen interessant, denn es waren nicht nur extrem rechte Akteur*innen aus dem Regierungsbezirk Köln (Köln, Euskirchen, Aachen) anwesend, sondern aus ganz Deutschland.

1.9 dieBasis

Im Juli 2020 gründete sich aus den Protesten gegen die Corona-Schutzverordnung heraus eine neue Partei, die auch im Regierungsbezirk Köln aktiv ist: **Die Basisdemokratische Partei Deutschland (dieBasis)**. Sie ist im Umfeld der Querdenker*innen-Bewegung zu verorten und verbreitet immer wieder Falschinformationen bezüglich der Covid-19-Pandemie. In Anbetracht der kurzen Zeit ihres Bestehens führte die Partei einen professionellen Wahlkampf zur Landtagswahl in NRW 2022 durch. So war **dieBasis** in zahlreichen Städten mit Wahlkampf- und Infoständen präsent und prägte das Stadtbild durch zahlreiche Wahlplakate mit. Darüber hinaus nahmen Funktionär*innen von **dieBasis** an Veranstaltungen mit Kundgebungscharakter teil, die aus der verschwörungsideologischen Szene organisiert wurden. Die auf der Website der Partei veröffentlichte Landesliste zur Landtagswahl NRW umfasste 30 Kandidat*innen, wovon zehn aus dem Regierungsbezirk Köln stammten. Hierbei war der Kreisverband Heinsberg mit fünf Kandidat*innen besonders stark vertreten³.

³ Weitere Infos in der MBR Köln Nachlese zur Landtagswahl 2022: https://www.mbr-koeln.de/_files/ugd/655635_31a0798395324ed8bb4bfd310826ddad.pdf

1.10 Alternative für Deutschland

Die mit Abstand erfolgreichste Rechtsaußen-Partei in Deutschland ist die **Alternative für Deutschland (AfD)**. Programmatisch reicht die Bandbreite der AfD von rechtskonservativen bis hin zu völkisch-nationalistischen und extrem rechten Positionen, wobei sich eine permanente Radikalisierung immer weiter nach rechts beobachten lässt. Inhaltlich bedient die AfD auch im Regierungsbezirk Köln weithin Themen wie Migration, antimuslimischen Rassismus, Klimapolitik, Antifeminismus, Corona-Schutzmaßnahmen und Impfungen. Dieses Jahr drehte sich zudem viel um den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine, die Inflation und erhöhten Energie-, Lebensmittel- und Lebenshaltungskosten, die als Folgen der Sanktionen gegen Russland gelabelt wurden. Bei Debatten rund um den Krieg in der Ukraine stellt man sich in der AfD so gut wie geschlossen auf die Seite Putins – ebenso wie der Großteil des verschwörungsideologischen Milieus. Sie fordert die Partei das Ende der Sanktionen gegen Russland, einen Stopp der Unterstützung der Ukraine und »Friedensverhandlungen«. Eine Ausnahme stellte ein Beitrag der Bundesvereinigung Juden in der AfD im März 2022 dar, der von der AfD Köln geteilt wurde und mit dem man sich deutlich und bewundernd auf die Seite der Ukraine stellte.

Die Partei ist weiterhin von Machtkämpfen gezeichnet, der stramm rechte Kurs führt immer wieder zu Konflikten. Aus denen gehen zumeist die völkischen und extrem rechten Lager gestärkt hervor. Exemplarisch zeigte sich dies Anfang des Jahres in den Kreisverbänden Rhein-Sieg und Bonn. Beim Landespartei-tag der AfD-NRW in Siegen am 5. und 6. Februar

unterlag der Kölner Fabian Jacobi dem Krefelder Martin Vincentz bei der Wahl zum Landessprecher. Unter anderem Sven Tritschler wurde als stellvertretender Landessprecher gewählt, Iris Dworeck-Danielowski aus Köln und Hans Neuhoff aus Bonn sind unter den neuen Beisitzer*innen. Ausgerechnet der völkisch-nationalistische Matthias Helferich aus Dortmund wurde in das Parteischiedsgericht gewählt, das unter anderem über Parteiausschlüsse entscheidet – während gegen ihn ein Parteiausschlussverfahren aufgrund seiner Anspielungen auf den historischen Nationalsozialismus und seine mutmaßlichen Kontakte in die Neonazi-Szene Dortmunds angestrebt wurde.

Anfang März wurde vor dem Verwaltungsgericht Köln die Frage verhandelt, ob der Verfassungsschutz nach der **JA** und dem **Flügel** auch die gesamte AfD als rechtsextremistischen Verdachtsfall werten und folglich mit nachrichtendienstlichen Mitteln beobachten darf. Das Gericht gab dem Inlandsgeheimdienst recht – die gesamte Partei gilt seitdem als Beobachtungsfall. Ein für die **AfD** verheerendes Urteil, das von ihr weiterhin juristisch und vor allem auch diskursiv wo immer möglich bekämpft wird. So bewarb etwa die



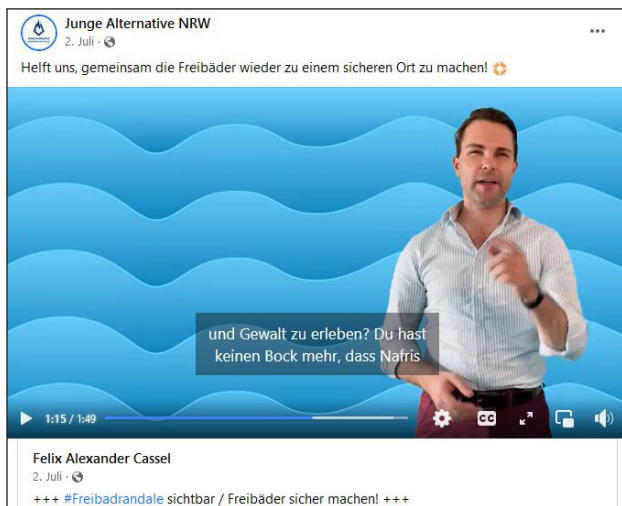
Screenshot der Facebook-Seite von Klaus Esser zur ersten AfD Plenarsitzung im Landtag NRW, zuletzt abgerufen am 13.12.2022.

AfD Bonn eine Podiumsdiskussion am 26. Oktober zur Frage der Verfassungsfeindlichkeit. Den genauen Ort erfuhren die Teilnehmenden erst nach der Anmeldung, die über die E-Mail-Adresse des dem identitären Lager zuzurechnenden Gerald Christ erfolgte. Die **AfD** Köln teilte im August ein Video der **JA** Berlin auf Facebook, in dem es heißt: »So ist es leider in Deutschland. Man wird durch die Regierenden mit dem Inlandsgeheimdienst schikaniert, weil man die Bürger entlasten will.« Hier zeigt sich die doppelte diskursive Strategie der Partei: eine Selbstverharmlosung auf der einen Seite und eine Opferinszenierung auf der anderen. Letztere erfolgt durch die Behauptung, der Verfassungsschutz werde politisch missbraucht.

Bei der Landtagswahl in NRW am 15. Mai 2022 musste die **AfD** um ihr Verbleiben im Landtag fürchten, am Ende zog sie jedoch mit 5,4% der Zweitstimmen ein.⁴

Recht wenig öffentliche Aufmerksamkeit erhielt das Parlament des Landschaftsverbandes Rheinland (LVR). Der Vorsitzende der dortigen **AfD** Fraktion ist Yannic Noé aus Leverkusen. Irmhild Boßdorf ist Fraktionsgeschäftsführerin und der **ex-PRO-NRW** Aktivist Markus Wiener steht als »sachkundiger Bürger« zur Verfügung. Auch der Stellvertretende Vorsitzende Jens Schmitz (Essen), der Burschenschafter der **Germania Köln** Hartmut Beucker (Wuppertal), Ralf Bommermann (Mettmann), Ralf Dick (Düren), Thomas M. Kunze (Rheinisch-Bergischer Kreis) und Michael Nietsch (Neuss) gehören zur Fraktion. Diese gibt seit diesem Frühjahr ein neues Magazin heraus: **Der Rheinländer**. Ein Versuch, das Parlament als Veranstaltungsraum zu nutzen, scheiterte Ende Juni. Für einen sogenannten »Jugendkongress« wurden der **Burschenschafter** und MdL Zacharias Schalley, die **Lukreta**-Gründerin Reinhild Boßdorf, der Gründer der sogenannten **GegenUni** Erik Ahrens aus dem identitären Umfeld sowie Yannik Noé auf dem Podium angekündigt. Der LVR sah darin aber Parteiarbeit, die keinerlei Zusammenhang mit den Fraktions-

⁴ Weitere Infos in der MBR Köln Nachlese zur Landtagswahl 2022: https://www.mbr-koeln.de/_files/ugd/655635_31a0798395324ed8bb4b-fd310826ddad.pdf



Rassistische Wortwahl für rassistisches Framing. Screenshot der Facebook-Seite der Jungen Alternative NRW, zuletzt abgerufen am 13.12.22.

aufgaben, also der politischen Willensbildung der Fraktion in der Landschaftsversammlung habe, und versagte die Räume.

Im Laufe des Spätsommers zeichnete sich der großangelegte Versuch ab, von politischen Unzufriedenheiten und Existenzängsten zu profitieren, die aufgrund massiv steigender Lebenshaltungskosten und Energiepreise in der Bevölkerung zunehmen. Ein Reisebus des AfD Kreisverbandes Köln fuhr am 8. Oktober zu einer Großdemonstration nach Berlin. Die steigenden Energiepreise lieferten der AfD auch eine Steilvorlage für eines der Kernthemen der Partei: die Agitation gegen die Energiewende und die Umweltbewegung.

1.11 Junge Alternative

Gleichermaßen gibt es von der **Jungen Alternative (JA)**, der Jugendorganisation der AfD, Versuche eine Art »Naturschutz von Rechts« zu propagieren. Ende März 2022 wurde von etwa 20 Kader*innen der AfD und der JA im hessischen Reinhardswald die Parole »Umweltschutz ist Heimatschutz« bemüht. Für eine medial gut aufgearbeitete Inszenierung, angelehnt an linke Proteste (#reinbleibt statt zum Beispiel #hambibleibt), reisten unter anderem der ehemalige JA-Bundesvorsitzende und Ratsherr aus Bergisch Gladbach Carlo Clemens, Reinhild Boßdorf, Jonas Schick, Nils Hartwig, MdL Gerhard Schenk, Zacharias Schalley, Gerald Christ und Felix Cassel in das hessische Waldgebiet, pflanzten ein paar Bäumchen, hielten ein paar Schilder hoch und machten viele Fotos.

Anfang Juli stellte die **JA-NRW** den sogenannten **Randalemelder** vor, eine Plattform auf der anonym »Freibadrandale« gemeldet werden können. Im Anschluss werden sie auf einer Karte einsehbar gemacht. Hier werden Vorfälle gesammelt, welche primär aus Medienberichten stammen und ein rassistisches Narrativ (eine politische Erzählung) bedienen sollen, demzufolge Freibäder in Deutschland dank migrantisierter Gewalttäter »Orte des Schreckens« geworden seien.

Die extreme Rechtsausrichtung der **JA** trat spätestens im Oktober klar und offen zu Tage. Am 15. und 16. Oktober fand der Bundeskongress der **JA** in Apolda in Thüringen statt. Carlo Clemens trat nicht erneut zur Wahl an und so wurde Hannes Gnauck, ein vom Militärischen Abschirmdienst als »Extremist« eingestufte »schneidiger Unteroffizier für die Führung der patriotischen Jugend Deutschlands« (O-Ton **JA**), zum Bundesvorsitzenden gewählt. Der als Gast anwesende Björn Höcke bediente einmal mehr faschistische Rhetorik und rief zu Aktionen auf: »es geht wirklich um alles« und »die Zukunft wird nicht in den Parlamenten entschieden sondern auf der Straße«. Bereits am 1.10. fand in Bad Driburg bei Paderborn der Landeskongress der **JA-NRW** statt, bei dem Felix Alexander Cassel im Amt als Vorsitzender bestätigt und Gerald Christ aus Bonn neu zum Beisitzer gewählt wurde. Auch hier setzt sich also der stetige Rechtsruck fort und der völkische Höcke-**Flügel**, der de facto unter dem Namen **Idearium** ebenfalls am 1. Oktober neugegründet wurde, zementiert seine Vorherrschaft in der **AfD**-Jugendorganisation.



JA-NRW mit Björn Höcke. Screenshot der Jungen Alternativen Facebook-Seite, zuletzt abgerufen am 13.12.22.

2. DROHUNGEN, SCHMIEREREIEN, ÜBERGRIFFE

Extrem rechte Propaganda vermittelt eine Botschaft und soll gleichermaßen ein Territorium markieren. Im öffentlichen (»analogen«) Raum schreibt sich die extreme Rechte mittels Plakaten, Aufklebern oder auch **Schmierereien** ein, von denen es im Regierungsbezirk Köln auch im Jahr 2022 etliche gab. So wurde zum Beispiel im September eine Grundschule in Merzenich mit mehreren Hakenkreuzen beschmiert. Auch Gesten oder anderes Verhalten dient dazu, eine Dominanz in einem bestimmten Raum zu beanspruchen. So stand ein Neonazi am 19. Mai vor dem Hauptgebäude der RWTH Aachen und spielte mit einer mobilen Anlage Rechtsrock ab, darunter das verbotene »Sturmführer-Lied« der Band Landser.

Im Folgenden werden einige **Drohungen** und **Angriffe** exemplarisch hervorgehoben.

- > Am 14. März wurde ein Fahrgast in der KVB in Köln rassistisch beleidigt und mit einem Rucksack geschlagen.
- > Am frühen Abend des 11. Mai 2022 verübte ein Mann einen Brandanschlag auf das Friedhofsgebäude der Synagogen-Gemeinde Köln in Bocklemünd. Ein sogenannter **Molotow-Cocktail** wurde dabei knapp neben die Eingangstür des Gebäudes, an die Außenmauer des Waschsaales, geworfen.⁶
- > In der Nacht auf den 22. Mai brannten in Windeck-Rosbach in Folge eines mutmaßlich rassistisch motivierten Brandanschlags ein Hausanbau sowie einen Schuppen. Auch wenn das zu dem Anbau gehörende Wohnhaus nicht direkt durch das Feuer betroffen war, mussten Gas- und Wasserleitungen gesperrt werden und die dort lebende Familie das Haus verlassen. Zeug*innen beschrieben Personen in drei Autos, die vom Anschlagort flüchteten. Dabei sollen sie »Heil Hitler« sowie rassistische Todesdrohungen gerufen haben.
- > Verschiedenen Berichten in den regionalen Medien und von antifaschistischen Initiativen zufolge

⁶ Ein Bericht hierzu und Weiteres zu antisemitischen Vorfällen in Köln unter: [antisemitismus-melden.koeln](https://www.antisemitismus-melden.koeln)

häufen sich seit dem Sommer wieder extrem rechte Aktivitäten in Radevormwald (Oberbergischen Kreis). Dort sorgte vor gut 10 Jahren die rechte **Kameradschaft Freundeskreis Rade** durch volksverhetzende Propaganda, Graffiti-Schmierereien und Gewaltdelikte bis hin zu gefährlichen Körperverletzungen für Schlagzeilen. Seit einiger Zeit werden wieder vermehrt Hakenkreuz-Schmierereien dokumentiert. Neu angebrachte Ortseingangsschilder, die ein Zeichen für ein weltoffenes Radevormwald setzen sollten, wurden direkt in der Nacht nach ihrer Aufstellung zerstört und teilweise gestohlen. Darüber hinaus kam es erneut zu persönlichen Drohungen gegen politische Gegner*innen.

Im Jahr 2022 kam es wie schon 2021 vermehrt zu **Über- und Angriffen, Schmierereien, Sachbeschädigungen und Volksverhetzungen**, die im Zusammenhang mit den Protesten gegen die Corona-Schutzmaßnahmen und/oder der verschwörungsideologischen Szene standen.

- > Schon in der Silvesternacht wurden die Scheiben des Kölner Wahlkreisbüros des Gesundheitsministers Karl Lauterbach beschädigt, was hämisch in entsprechenden Telegram-Gruppen kommentiert wurde. Am 17. Januar wurde auf der »Montagsdemo« in Köln ein Hitlergruß gezeigt. Im März und April kam es bei Aufmärschen von **Köln ist Aktiv** aus dem Umfeld von Thomas Breuer und Jan Fartas mehrmals zu (versuchten) körperlichen Übergriffen und Einschüchterungen von Gegendemonstrant*innen.
- > Am 19. Mai attackierten zwei Mitarbeiter einer Firma in Bonn Kessenich Polizist*innen. Sie gaben sich laut Bonner General-Anzeiger als Reichsbürger zu erkennen. Bereits am 13. Mai verletzten zwei Männer in Bonn-Graurheindorf fünf Polizist*innen durch Schläge, Bisse und Kniestöße. Sie drohten mit Schusswaffengebrauch, falls die Polizei ihr Grundstück betreten sollte. Bei der anschließenden Durchsuchung wurde ein Luftgewehr gefunden.

Ein Bezug zur Reichsbürger*innenszene wird hier von Szenekenner*innen ebenfalls vermutet, ist jedoch nicht offiziell bestätigt.

- > Am 7. Dezember fand eine bundesweite Razzia gegen Reichsbürger*innen und Personen aus dem Querdenken-Milieu statt. Vorgeworfen wird rund fünfzig Personen, eine terroristische Vereinigung gebildet zu haben um die verfassungsmäßige Ordnung der Bundesrepublik zu beseitigen und einen Staat nach Vorbild des Deutschen Reichs von 1871 zu errichten. Bei der Razzia kam es auch zu Hausdurchsuchungen bei Personen aus dem Rhein-Erft-Kreis.

Neben den bereits erwähnten **Gerichtsverfahren** gegen Akteur*innen des verschwörungsideologischen Milieus (siehe **Proteste gegen die Corona-Schutzverordnung**) und den Strafprozess gegen die Friedhofsschänder von Gangel (siehe **Syndikat 52**) gab es dieses Jahr weitere relevante Verfahren.

- > Wegen des rassistischen Angriffs mit einer illegalen Schusswaffe auf mehrere Jugendliche wurde der ehemalige CDU-Politiker Hans Josef Bähler am 10. Januar zu 3,5 Jahren Haft ohne Bewährung verurteilt. Ein »fremdenfeindliches Motiv« wurde strafverschärfend festgestellt. Das Urteil ist seit Dezember rechtskräftig.

- > Am 11. März wurde Felix Alexander Cassel in zweiter Instanz vor dem Kölner Landgericht freigesprochen. Das Gericht folgte allen Einlassungen Cassels. Die »Gegendemonstranten hätten provozierend langsam die Fahrbahn überquert, was eine Nötigung gewesen sei, der der Angeklagte mit Notwehr habe begegnen dürfen« (KStA). Die Staatsanwaltschaft hat Revision eingelegt, die Nebenklage hat diese ebenfalls angekündigt.

- > Am 10. Oktober begann der Prozess gegen die neonazistische kriminelle Vereinigung der **Turonen** im thüringischen Ballstädt. Mit unter den Angeklagten ist der bekannte Aachener Neonazi Timm Malcoci.

Laut Bundeskriminalamt steigt außerdem die Zahl von Angriffen gegen queere Menschen seit Jahren an. Auch in Köln kam es zu homofeindlichen Angriffen, beispielsweise am 25. Juni auf der Schaafenstraße. Bei diesem griffen mehrerer Männer drei lesbische Frauen an. Die Täter konnten bisher nicht ermittelt werden. Die offiziellen Statistiken sind nicht immer besonders aussagekräftig, denn solche Straftaten werden erst seit kurzem und auch nicht von allen Behörden gleichermaßen erhoben und als queerfeindlich spezifisch erfasst. Auch ist laut dem queeren Verein **Rubicon** in Köln die Dunkelziffer der Straftaten gegen queere Menschen extrem hoch.

3. INTERVIEW MIT CHRISTOPH GROTEPASS VON DER SEKTEN-INFO NRW

Es besteht der Eindruck, dass seit der Covid-19-Pandemie und nicht zuletzt durch den Krieg in der Ukraine vermehrt Verschwörungserzählungen verbreitet werden. Viele kennen eine Person im Bekant*innen- und Freund*innenkreis, welche die Pandemie leugnet und wissenschaftlich fundierten Aussagen nicht mehr vertraut. Um mehr aus diesem Themenbereich zu erfahren haben wir den Verein Sekten-Info NRW um ein Interview gebeten.

MBR: Der Verein Sekten-Info Nordrhein-Westfalen e.V. hat es sich zum Ziel gesetzt, den Betroffenen von neuen religiösen und ideologischen Gemeinschaften und Psychogruppen Information und Beratung zu geben. Könnt Ihr kurz benennen, zu welchen Themen ihr Beratung anbietet und für wen ihr ansprechbar seid?

Sekten-Info NRW: Der Sekten-Info NRW ist ein eigenständiger und neutraler Verein, der für die psychosoziale Beratungstätigkeit und Präventionsarbeit vom Land NRW gefördert wird. Wir bieten Information und Beratung zu neuen religiösen und ideologischen Gemeinschaften und Psychogruppen. Dazu gehören neben umgangssprachlich so genannten »Sekten« auch unseriöse Coachingangebote oder teils gefährliche alternative Therapieverfahren und Wunderheiler. Aktuell beraten wir häufig ratsuchende Angehörige von Verschwörungsgläubigen. Mit unserem fünfköpfigen Berater*innenteam (2 Psychologinnen, Pädagogin, Juristin, Theologe) beraten wir politisch und weltanschaulich neutral. Die Beratung ist kostenfrei und unterliegt der Verschwiegenheitspflicht. Jährlich wenden sich um die 1000 Menschen an uns – im Zusammenhang mit den Verschwörungstheorien waren es in den letzten zwei Jahren mehr (2021 waren es 1300, auch für 2022 zeichnet sich ein Plus ab). Neben der Beratung leisten wir Präventionsarbeit, schulen Multiplikator*innen und unterstützen Fachleute (Jugendamt, Familiengericht, Therapeut*innen,..). Über unsere Webseite und dort veröffent-

lichte Fachtexte, sowie Presse-/Medienarbeit leisten wir Aufklärung zu konfliktträchtigen Gemeinschaften und unseriösen Angeboten.

MBR: Stellen Beratungsanfragen im Bereich Verschwörungsideologien und rund um die Corona-Pandemie eine Herausforderung für euch dar? Wenn ja, welche?

Sekten-Info NRW: Im Zusammenhang mit der Pandemie haben Anfragen zum Thema Verschwörungsideologien sehr stark zugenommen und uns zeitlich und personell immens beschäftigt. Wir kennen das Thema allerdings schon sehr lange, weil viele der Verschwörungserzählungen immanenter Bestandteil weltanschaulicher Ideologien verschiedener Gruppierungen sind. Neu ist die Größenordnung, in der uns Verschwörungserzählungen beschäftigen, oft auch ohne religiöse Aspekte, bzw. mit politischer oder extremistischer Ausrichtung. In diesem Zusammenhang haben wir uns mit entsprechenden Beratungsstellen vernetzt, wie z.B. den Teams der Mobilien Beratung in NRW. Daneben entstanden Selbsthilfegruppen für Angehörige von Verschwörungsgläubigen. So wurden eine gegenseitige Unterstützung, fachspezifische Verweismöglichkeiten und damit passgenauere Angebote für Ratsuchende ermöglicht.

Zum allergrößten Teil melden sich die Angehörigen der Verschwörungsgläubigen. Sie machen sich Sorgen oder sind richtig verzweifelt, weil sie mit der familiären Kommunikation nicht mehr weiterwissen. Verschwörungsgläubige legen häufig eine enorme missionarische Aktivität an den Tag und wollen ihre Angehörigen überzeugen. Sie verbringen zunehmend Zeit im Internet und ihren Bubbles und sind vielfach auch bei Demonstrationen, sowie in entsprechenden Internetforen aktiv. Diese Aktivitäten können eine schnelle Veränderung der Angehörigen zur Folge haben. Familienmitglieder und Freunde stellen nicht selten überrascht fest, wie in verhältnismäßig kurzer

Zeit die kommunikative Grundlage, das gemeinsame Weltbild, das gemeinsame Werteverständnis wegbriecht. Das ist eine enorme Belastung, wenn Angehörige oder Freunde kaum noch wiedererkannt werden, in dem was sie sagen oder wie sie sich zu den Weltereignissen verhalten.

Die Gründe für die Ansprechbarkeit für Verschwörungserzählungen sind unterschiedlich. Einer kann beispielsweise der empfundene Verlust von Selbstwirksamkeit sein. Aufgrund von einschneidenden Veränderungen im Leben, etwa durch Renteneintritt oder Erkrankung, kann der Eindruck entstehen, dass man selber nicht viel bewirken kann. Schnelle gesellschaftliche Veränderungen und Krisen verstärken das Gefühl. Ein Erleben zunehmender Komplexität kann die Suche nach orientierender Welterklärung dringlich machen. Aber auch Frust- oder Mobbing-Erfahrungen können die Resilienz gegenüber vereinfachenden Schwarz-/Weißmustern und Etablierung von Feindbildern schwächen. Die Coronamaßnahmen führten zudem zu einer Abnahme sozialer Kontakte. Dadurch entfielen auch soziale Korrektive und kritische Begleitung, zugunsten einer eingleisigen Beschäftigung mit Verschwörungstheorien.

Über die Sozialen Netzwerke finden sich die Menschen mit ähnlichen Interessen oder auch Ängsten entsprechend schneller zusammen und lassen sich zugleich erheblich schneller zu Aktionen mobilisieren. Dies führte zu dem interessanten Phänomen, dass auf vielen Coronademos eine Mischung unterschiedlich motivierter Gruppen von Menschen zusammenkamen, welche abgesehen von der Kritik an den Corona-Maßnahmen wenig gemein hatten. Ansonsten waren die Teilnehmenden inhaltlich teilweise völlig anders aufgestellt: friedensbewegt, esoterisch, alternativ-medizinisch, unterschiedlich religiös – auch christlich fundamentalistisch, verschwörungsideologisch, im Sinne der Reichsbürger-Ideologie, auch rechtsextrem geprägt.

Gegenwärtig begegnen uns in der Beratung viele Narrative, die auch schon vor der Krise eine Rolle

gespielt haben, wie verschiedene Verschwörungstheorien rund ums Impfen. Diese können leicht an eine intensive Beschäftigung mit alternativmedizinischen Themen andocken. Hier gibt es häufiger eine kritische Haltung gegenüber Pharmaindustrie, Gesundheitspolitik oder Wissenschaft. Eine solche Grundhaltung ist anfälliger für Verschwörungsnarrative. Eine dem Esoterischen zugewandte Spiritualität kann diese Haltung zusätzlich verstärken, sofern sie sich einer materialistischen Weltsicht etwa durch Zugang zu feinstofflichen Ebenen überlegen »weiß« und gesicherte medizinische Kenntnisse negiert.

Ein anderes Beispiel ist die Verbindung zu christlichem Fundamentalismus. Krisenzeiten werden als ein Hinweis für die nahende Endzeit gedeutet, als Vorboten des Gottesgerichts. In dieser Zeit spielten auch finstere Mächte, wie Dämonen und Satan im Hintergrund eine Rolle und seien verantwortlich für die Wirren der Zeit. Eine Kritik an Wissenschaft und Politikern, welche den Glauben infrage stellen, kann sehr gut an Endzeitbilder anknüpfen. Die eigene christliche Gemeinde wird dem als rettender Halt gegenübergestellt. Anfangs dachten einige gläubige Christen auch, dass sie vor dem Virus gefeit seien und keine Masken im Gottesdienst tragen oder sonstige Schutzmaßnahmen einhalten müssen.

MBR: Auch wenn die Frage wahrscheinlich pauschal gar nicht zu beantworten ist, was würdet ihr Angehörigen von Verschwörungsgläubigen im gemeinsamen Umgang raten?

Sekten-Info NRW: Die Warnzeichen für das Abdriften in verschwörungsideologisch geprägte Weltbilder sind nicht immer leicht zu erkennen, das Überschreiten von Grenzen wird unterschiedlich früh empfunden. Angehörige teilen mitunter manche der Einstellungen. Auch harsche und destruktive Kritik wird oft zunächst als verständliche Reaktion auf Krisenzeiten und nicht immer nachvollziehbare oder unbequeme politische Entscheidungen toleriert.

Die intensive Verschränkung von Argumenten, Aktionsformen und Quellen mit den sozialen Medien befeu-

ert eine enorme Dynamik. Die Funktionsweisen der Algorithmen wirken sich dabei emotionalisierend und enthemmend aus. Wir bemerken dabei, dass sich anders als früher häufiger um ältere Menschen Sorgen gemacht wird. Neben möglichen Zukunftssorgen und nachlassendem Selbstwirksamkeitsempfinden spielen auch eine geringere Sicherheit im Umgang mit den Sozialen Medien und dem Einschätzen der Seriosität von Quellen im Internet eine Rolle.

Sobald bereits eine anfängliche Beschäftigung mit Verschwörungserzählungen erkannt wird, ist ein sachlicher Diskurs geboten. Helfen kann eine gemeinsame Suche nach verlässlichen Informationen, beispielsweise über Faktenchecker. Wenn beim Gegenüber aber bereits eine intensive Beschäftigung stattgefunden hat, ist das ein fast aussichtsloser Weg; entgegenstehenden Argumenten wird dann nicht mehr vertraut. Wir raten dazu, immer auch die emotionale Seite in den Blick zu nehmen und die Bedürftigkeit hinter dieser Beschäftigung wahrzunehmen. Wofür engagiert sich die Person? Welche Grundwerte spielen hier eine Rolle? Diese sind ja nicht unbedingt falsch: Dass man eigenständig bleiben will; sich kein X für ein U vormachen lassen will, dass jemand auf seine Gesundheit Acht geben will. Das sind möglicherweise gute Motive, die durch Verschwörungsideologen »gekapert« werden können. Entsprechend auch Ängste, die lebensgeschichtlich begründet sind und nun auf gesellschaftliche Themen projiziert werden.

Diese individuellen Motive gilt es wahrzunehmen, genau wie übrigens auch die eigene Verunsicherung angesichts der Krise. Es gilt ja auch, sich selbst zu schützen und zu stärken, damit man ruhiger in ein schwieriges Gespräch hineingehen und eigene Werte vertreten kann ohne in eine Eskalationsspirale zu geraten.

Man sollte immer schauen, in welchem Kontext man sich bewegt und wie viel Kraft man investieren will. Geht es um einen entfernten Bekannten? Ist es eine Internetkommentarschlacht bei der man sich mit anderen zusammentun kann? Oder geht es um ein

Familienmitglied oder einen lieben Freund? Und dann sollte man schauen was das eigene Ziel ist: Geht es darum, sachliche Informationen zu vermitteln? Den Kontakt zu halten, auch wenn das bedeutet, öfter als einem lieb ist mit Verschwörungserzählungen konfrontiert zu werden? Da darf man auch mal Flagge zeigen und auch ein Thema abbrechen. Wenn möglich ist auch ein geschicktes Umlenken auf die emotionale Vertrausebene gut. Einfach den Kontakt zu halten klingt passiv, ist aber besser als ihn einfach abzubrechen. Von ehemaligen Verschwörungsgläubigen hören wir, wie wichtig es war, dass der Kontakt gehalten wurde, selbst wenn es keine gemeinsame inhaltliche Basis mehr gab. Auch gesellschaftlich müssen wir schauen wie wir den Respekt voneinander erhalten und Gesprächskanäle offen halten können um die Entwicklung fanatischer Parallelgesellschaften zu vermeiden. Bei der Grenze zur Gewaltbereitschaft und antidemokratischen Aktivitäten schaut der Verfassungsschutz genau hin.

Es gibt verschiedene Wege, wie Personen wieder herausfinden. Einige halten das oft dunkle Weltbild hinter vielen Verschwörungserzählungen selbst nicht mehr aus, weil es sie psychisch belastet. Oder sie merken, dass ihnen alle familiären und freundschaftlichen sozialen Kontakte verloren gehen und das bringt sie zum Nachdenken. Manche bemerken, dass es einfach gegen die eigenen Werte geht, wenn beispielsweise in der Telegrammbubble plötzlich zu Gewalt aufgerufen wird. Andere bemerken immer mehr Widersprüche und graben sich dann tatsächlich mit Fakten langsam und mühselig wieder raus.

MBR: Herzlichen Dank für das Interview

Weitere Informationen: <https://sekten-info-nrw.de/>



4. Drei Fragen an ...

Eine lebendige demokratische und menschenrechtsorientierte Kultur ist ein grundlegender gesellschaftspolitischer Gegenentwurf zu rassistischen und antisemitischen Weltbildern und anderen Ungleichwertigkeitsvorstellungen. Seit Beginn ihrer Tätigkeit im Jahr 2008 hat die MBR Köln im Rahmen von Beratungs- und Vernetzungsprozessen im gesamten Bundesland Ansprechpartner*innen aus zahlreichen Einrichtungen, Initiativen und Organisationen gefunden. Diese Netzwerke stellen einen großen Pool an Ressourcen, Kompetenzen und Erfahrungen dar.

Drei Fragen an ...



... NinA NRW – Neue Wege in der Ausstiegsberatung für rechts-extreme Jugendliche und Erwachsene

Zu welchen Themenfeldern arbeitet ihr und für wen seid ihr ansprechbar?

Im Projekt NinA NRW unterstützen wir Jugendliche und Erwachsene beim Ausstiegsprozess aus extrem rechten Strukturen und der Distanzierung von entsprechenden Einstellungen durch ein sozialpädagogisches Beratungsangebot. Durch den Blick auf die Einstellungs- wie die Handlungsebene sind auch Menschen, die in gering formalisierten Strukturen aktiv sind oder extrem rechte Einstellungen online und außerhalb organisierter Gruppen äußern, angesprochen. Neben der Beratung für Ausstiegs- und Distanzierungswillige bietet NinA NRW auch Beratung und Unterstützung für das persönliche Umfeld von extrem rechten Personen sowie Fachkräfte an.

Welche eurer Projekte bzw. welche Aspekte eurer Arbeit sind euch rückblickend auf das Jahr 2022 besonders positiv in Erinnerung geblieben und warum?

Nachdem wir unser Angebot der Beratung nach richterlicher Weisung 2021 umfassend konzipiert haben, konnten wir dieses im vergangenen Jahr bei vielen Projektvorstellungen und unserer Veranstaltung »Runder Tisch« Fachkräften aus dem Justizbereich vorstellen und mit ihnen die Ausgestaltung und Initiierung diskutieren. Sehr erfreulich waren dann insbesondere auch die Erfahrungen mit und in den ersten Beratungsgesprächen, die in diesem Zuge zustande kamen.

Sehr positiv bleibt uns außerdem die enge Kooperation mit den mobilen Beratungsstellen bei Fachveranstaltungen und Fällen in Erinnerung, sowie gerade auch zusätzlich mit den Opferberatungsstellen der Austausch und die gemeinsame Positionierung im zivilgesellschaftlichen Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus. Mit dem Wissen um diese wichtigen Partner*innen schauen wir auch zuversichtlich ins nächste Jahr.

Was erhofft Ihr euch für das Jahr 2023?

Im kommenden Jahr werden wir nochmal verstärkt auf den Justizkontext zugehen, und unsere Tätigkeit insbesondere bei Gerichten und Justizvollzugsanstalten bekannter machen. Wir hoffen uns so als Verweisstelle etablieren zu können, sodass unser Angebot flächendeckender seine Zielgruppe erreicht. Grundlegendes Ziel des Ganzen ist dabei natürlich letztendlich möglichst viele Ausstiegs- und Distanzierungsprozesse erfolgreich zu begleiten und so unseren Beitrag gegen Rechtsextremismus und für eine pluralistische Demokratie leisten zu können. Um dieses Ziel noch umfangreicher verfolgen zu können, geben wir auch die Hoffnung nicht auf baldmöglichst, langfristig und wie im Koalitionsvertrag der Landesregierung versprochen, die um dem gesellschaftlichen Bedarf gerecht zu werden dringend benötigten Mittel zum Projektausbau zu bekommen.

Drei Fragen an ...



...die Fachstelle [m²] miteinander mittendrin. Für Demokratie – Gegen Antisemitismus im NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln

Zu welchen Themenfeldern arbeitet ihr und für wen seid ihr ansprechbar?

Wir sind die Fachstelle [m²] miteinander mittendrin. Für Demokratie – Gegen Antisemitismus und Rassismus beim NS-Dokumentationszentrum der Stadt. Wir arbeiten in den Bereichen Beratung, Dokumentation und Bildung zum Thema Antisemitismus. Unser Motto ist »informieren – sensibilisieren – stark machen. Kontinuierlich!«. Wir sind eine städtische Stelle und damit »nur« für Köln zuständig.

Welche eurer Projekte bzw. welche Aspekte eurer Arbeit sind euch rückblickend auf das Jahr 2022 besonders positiv in Erinnerung geblieben und warum?

Da wir eine vergleichsweise »junge« Fachstelle sind, hoffen wir, dass die Stadtgesellschaft uns zunehmend als Anlaufpunkt für das Thema Antisemitismus wahrnimmt. Unsere Arbeit besteht viel aus Routinen, da sind Highlights eher selten. Trotzdem gibt es einige Dinge, die uns 2022 positiv in Erinnerung bleiben werden. So haben wir einen Fachtag zum Thema Antisemitismus im Fokus von Sozialer Arbeit und Menschenrechten durchgeführt, wo viele Menschen, die selbst in der Sozialen Arbeit tätig sind, zusammenkamen und mit den Referent*innen aber auch untereinander in einen regen Austausch gekommen sind. In der Beratungsarbeit hat sich verstärkt gezeigt, dass ein pro-aktiver Ansatz sehr sinnvoll ist und eher Leute an die Beratungsstelle hinführt, als wenn wir auf sie warten würden.

Wir sind landes- und bundesweit vernetzt. 2022 gab

es einige interessante Treffen, auf denen wir uns mit anderen Menschen, die im selben Bereich arbeiten, austauschen konnten.

Wie schätzt ihr das Potenzial für eine rechte und verschwörungsideologische Mobilisierung für das Jahr 2023 ein? Oder was erhofft ihr euch für das Jahr 2023?

Rechte, verschwörungsideologische aber auch antisemitische Mobilisierung ist zu einem gewissen Grad von äußeren Anlässen abhängig. Die letzten Jahre haben dabei eine Reihe solcher Anlässe geliefert. Bei dem aktuellen Zustand der Welt ist zu befürchten, dass sich das in der nächsten Zeit nicht ändern wird. Allein die Ereignisse der letzten Monate, etwa die Angriffe auf Synagogen im Ruhrgebiet oder die Razzia gegen die »Patriotische Union« lassen nichts Gutes erwarten. Das Potenzial ist da, die Grenze des Sagbaren verschiebt sich weiter. Antisemitismus wirkt dabei in verschiedenen Milieus als Radikalisierungsfaktor oder auch als ideologischer Kitt. Hinzu kommt, dass es beim Antisemitismus sehr unterschiedliche Trägergruppen gibt. Die Arbeit wird uns nicht ausgehen

Drei Fragen an ...



...BANDAS – Beratung und Antidiskriminierungsarbeit für Schüler*innen in Köln

Zu welchen Themenfeldern arbeitet ihr und für wen seid ihr ansprechbar?

BANDAS (Beratung und Antidiskriminierungsarbeit für Schüler*innen) ist für Schüler*innen da, die im Kontext Schule ab der 5.Klasse von Diskriminierung betroffen sind. Für Freund*innen, Eltern, Lehrer*innen, Schulsozialarbeiter*innen, die diskriminierten Schüler*innen zur Seite stehen wollen, bieten wir ebenso eine Fachberatung an.

Die Beratung kann in unserem Beratungsbüro in Köln, als Online-Beratung, telefonisch oder auch an anderen Orten, die für Betroffene gut zu erreichen sind, stattfinden. Der Zuständigkeitsbereich ist der gesamte Regierungsbezirk Köln. Rassismus, Sexismus, Ableismus, Antisemitismus, Queerfeindlichkeit sind nur einige von zahlreichen Diskriminierungsformen, die in der Schule vorkommen und Schüler*innen massiv belasten und dauerhaft Schaden können. Bei BANDAS treffen Schüler*innen und ihre Unterstützer*innen auf Berater*innen (Simon Schulz und Madalena Bothe), die ihnen zuhören und ihnen glauben. Wir unterstützen Betroffene neben der psychosozialen Beratung auch in der Schule, zum Beispiel bei Gesprächen mit Lehrer*innen und Mitschüler*innen.

BANDAS ist unabhängig vom System Schule und stehen auf der Seite der betroffenen Schüler*innen. Nichts passiert über den Kopf der Betroffenen hinweg. Damit Schüler*innen BANDAS kennenlernen können, besuchen wir Schulen und führen Schüler*innenworkshops durch. Besonders gern machen wir das, wenn Schüler*innenvertretungen oder Schüler*innengruppen uns anfragen.

Welche eurer Projekte bzw. welche Aspekte eurer Arbeit sind euch rückblickend auf das Jahr 2022 besonders positiv in Erinnerung geblieben und warum?

Was uns besonders bewegt und worüber wir sehr dankbar sind, ist das Vertrauen das Schüler*innen in Gesprächen zu uns mitbringen oder entwickeln. Durch positive Erfahrung in der Beratung und durch Fachtage, in denen wir unsere Arbeit repräsentieren, können wir eine breitere Anzahl von Schüler*innen und Unterstützer*innen unsere Arbeit näher bringen. Allerdings hören wir ebenso schmerzhaft und diskriminierende Geschichten aus dem Alltag in Schulen. Schüler*innen, die zu Unrecht verdächtigt werden geklaut zu haben, die das »N«-Wort ertragen sollen, die entmutigt oder alleine gelassen werden. Die Parteiliche Beratung von Schüler*innen ist für BANDAS das Wesentliche! Wichtiger als Politiker*innengespräche, Workshops mit Lehrer*innen und

Konferenzen. Nichtsdestotrotz müssen wir auch strukturelle Veränderungen im System Schule erreichen, damit Schüler*innen vor Rassismus, Sexismus, Klassismus und allen anderen Formen von Diskriminierungen besser geschützt werden.

Was habt ihr bisher für das Jahr 2023 geplant und was erhofft ihr euch für das Jahr 2023?

Visionen für das Jahr 2023 haben wir als Team von BANDAS bei unserer Bildungsreise in Berlin in Gesprächen mit Kolleg*innen der intersektionalen Arbeit in Schulen und Antidiskriminierungsberatungsstellen erarbeitet. Wir brauchen ein Landesantidiskriminierungsgesetz in NRW, das das Bildungssystem von der Kita über die Schule bis hin zur Ausbildung und der Hochschule einschließt.

Schüler*innen müssen darin die Möglichkeit erhalten, die Schule wechseln zu können, wenn keine Klärungsmöglichkeiten in der bisherigen Schule mehr existieren. Ein Antidiskriminierungsgesetz muss die Ungleichbehandlung von geflüchteten Kindern und Jugendlichen endlich beenden. Die Schulpflicht muss für alle gelten, auch für geflüchtete junge Menschen in den Wohnunterkünften des Landes. Bestehende Angebote möchten wir im kommenden Jahr noch barrierefreier für Schüler*innen gestalten. Jede*r Schüler*in sollte somit mit ihren Fähigkeiten Zugang zu unterstützenden Maßnahmen erhalten!

Diskriminierung in der Schule ist eine Großbaustelle. Zum Glück sind wir da nicht alleine, sondern haben gute Partner*innen. Eine davon ist die Mobile Beratung. Gemeinsam mit unseren Partner*innen werden wir im kommenden Jahr eine Schüler*innenveranstaltung zum Internationalen Tag gegen Rassismus in Köln durchführen, um auch die Zusammenarbeit mit Schüler*innenvertretungen und Schüler*innengruppen zu verstärken.

Drei Fragen an ...



... Servicestelle für Antidiskriminierungsarbeit für den Rhein-Sieg-Kreis der Kurdischen Gemeinschaft Rhein-Sieg/Bonn e.V.

Zu welchen Themenfeldern arbeitet ihr und für wen seid ihr ansprechbar?

In erster Linie beraten wir Menschen, die Diskriminierung erleben, und ihre Angehörigen aus dem Rhein-Sieg-Kreis. Als einzige Beratungsstelle bei Diskriminierung im Rhein-Sieg-Kreis sind wir bei jeglicher Form von erlebter Diskriminierung (Rassismus, Antisemitismus, Sexismus, Queerfeindlichkeit, Ableismus, ...) und für jeden Lebensbereich (Wohnen, Arbeit, Bildung, Behörden, ...) ansprechbar. Auch (Selbst-)Organisationen, Initiativen, Institutionen und Behörden, die gegen Diskriminierung aktiv werden wollen, können sich bezüglich Qualifizierungen und/oder Beratung an uns wenden.

Welche eurer Projekte bzw. welche Aspekte eurer Arbeit sind euch rückblickend auf das Jahr 2022 besonders positiv in Erinnerung geblieben und warum?

Im Bereich der Bildungsarbeit sind besonders ein empowerndes Argumentationstraining in einem queeren Jugendtreff durch die engagierten Jugendlichen in Erinnerung geblieben. Bei den Antidiskriminierungsworkshops für sämtliche Mitarbeiter*innen eines Baubetriebshof, welche durch die Zusammenarbeit mit der Info- und Bildungsstelle gegen Rechts-extremismus ermöglicht wurden, war besonders spannend zu sehen wie das Team auch über den Workshop hinaus zu Diskussionen rund um die Workshopthemen angeregt wurde.

Mit dem zweiten Jahr seit Entstehung der Servicestelle für Antidiskriminierungsarbeit für den Rhein-Sieg-Kreis konnten wir uns über enger werdenden

Kooperationen mit einigen der 19 Städten und Gemeinden des Kreises freuen. Besonders ist hier die Verstärkung der Zusammenarbeit mit der Stadt Sankt Augustin und dem hier angegliederten Projekt »8sam!« hervorzuheben: So konnten einzelne Veranstaltungen, beispielsweise zum Thema migrantischer Feminismus, durch deren (finanzielle) Unterstützung verwirklicht werden und die Beraterin der Servicestelle war bei der Demokratiekonferenz 2022 der Stadt, das jährlich zivilgesellschaftliche Akteur*innen sowie Verantwortliche aus Politik und Verwaltung zusammenbringt, auf dem Podium vertreten.

Was erhofft ihr euch für das Jahr 2023?

Im neuen Jahr wird unsere Antidiskriminierungsberatungsstelle nach Sankt Augustin umziehen. Wir hoffen, die Bekanntheit der Beratungsstelle weiter ausbauen zu können, um Menschen, die Diskriminierung erlebt haben, bestmöglich zur Seite zu stehen. Darüber hinaus hoffen wir, dass sich im Jahr 2023 weitere Organisationen, Institutionen und Verwaltungen auf den Weg machen, ihre Strukturen diskriminierungskritisch zu hinterfragen und zu verändern und sich so zukünftig eine nachhaltige strukturelle Veränderung einstellt. In diesem Rahmen unterstützt die Servicestelle das Projekt »Siegel Interkulturell orientiert«, ein Kooperationsprojekt der Integrationsagenturen der Kurdischen Gemeinschaft, der Diakonie, der Caritas und dem Kommunalen Integrationszentrum. Dieser Kooperationsverbund bietet Bewerber*innen, vornehmlich Verwaltungen, bereits seit 2016 Begleitung im Prozess der »Interkulturellen Öffnung« an. Die Servicestelle unterstützt dieses Projekt und setzt dabei den Fokus auf die Implementierung diskriminierungs- bzw. rassismuskritischer Ansätze und steht Verwaltungen und Einrichtung beispielsweise ganz konkret bei der Organisation von rassismuskritischen Workshops zur Seite.

Die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus unterstützt und aktiviert zivilgesellschaftliches Engagement mit dem Ziel der Stärkung einer menschenrechtsorientierten demokratischen Kultur. Sie steht für einen grundlegenden gesellschaftspolitischen Gegenentwurf für die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus, Antifeminismus und anderen Ungleichwertigkeitsvorstellungen.

Die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Köln bietet:

- > Beratung für Demokratie und gegen Rechtsextremismus (z.B. wenn Kolleg*innen immer wieder mit rechten Sprüchen auffallen)
- > Qualifizierungen in den Themen Rassismus und Diskriminierung (z.B. wenn Ihr Verband sich in den Themenfeldern Rechtsextremismus, Rassismus und Diskriminierung besser aufstellen möchte)
- > und Informationen zu extrem rechten Aktivitäten im RB Köln (z.B. wenn Sie wissen wollen, was die extreme Rechte vor Ort macht) an.

Wenn Sie in einem dieser Bereiche Bedarf haben, melden Sie sich gerne unter der Telefonnummer 0221 – 221 27162 oder per E-Mail an mbr@stadt-koeln.de.

Weitere Informationen auf unserer Website: <https://www.mbr-koeln.de/>

5. VERWEIS AUF WEITERE LITERATUR-QUELLEN

Die folgende Auswahl an aufschlussreichen (Recherche-)Veröffentlichungen aus dem Jahr 2022 bietet die Möglichkeit, Themen zu vertiefen oder sich einen Überblick zu verschaffen.

■ Seit Dezember 2021 hat die **Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus der Stadt Köln** (<https://www.mbr-koeln.de/>) eine neue Website. In neuem Design findet sich seit dem Frühjahr 2022 im Bereich der Dokumentation die Rubrik **Vor-Ort-Berichte** (<https://www.mbr-koeln.de/dokumentation>). Eine Dokumentation zu extrem rechten Akteur*innen und Ereignissen in den einzelnen Kreisen und kreisfreien Städten des Regierungsbezirks Köln ist hier zu finden. Die bisherigen Vor Ort-Berichte finden sich als PDF im **Archiv** (<https://www.mbr-koeln.de/archiv>) auf der Homepage.

■ Bei der Landtagswahl am 15. Mai 2022 hatten die Wähler*innen in NRW die Möglichkeit, mit ihrer Stimme Einfluss auf die Zusammensetzung des Landtages zu nehmen. Auch extrem rechte, rechtspopulistische und rechtsoffene Gruppierungen sind zur Wahl angetreten. In der von der MBR Köln veröffentlichten Wahlnachlese **Extrem rechte und rechtspopulistische Parteien im Regierungsbezirk Köln bei der Landtagswahl 2022** (https://www.mbr-koeln.de/files/ugd/655635_31a0798395324ed8bb4bfd310826ddad.pdf) finden sich unter anderem Informationen zu den Inhalten der Wahlprogramme, den Wahlkämpfen und den Wahlergebnissen.

■ Das gemeinnützige Center für Monitoring, Analyse und Strategie, kurz CeMAS, veröffentlichte am 2. März 2022 den Policy Brief **Zwischen »Spaziergängen« und Aufmärschen: Das Protestpotential während der COVID-19-Pandemie** (<https://cemas.io/publikationen/zwischen-spaziergaengen-und-aufmaerschen-das-protestpotential-waehrend-der-covid-19-pandemie/>), in dem die Entwicklung der Proteste gegen die Coronaschutzmaßnahmen und die Menschen, die an diesen teilnehmen, in den Blick

genommen werden. Knapp zwei Monate später wird in dem Research Paper **Von der Krise zum Krieg: Verschwörungserzählungen über den Angriffskrieg gegen die Ukraine in der Gesellschaft** (<https://cemas.io/publikationen/von-der-krise-zum-krieg-verschwuerungserzaehlungen-ueber-den-angriffskrieg-gegen-die-ukraine-in-der-gesellschaft/>) der Frage nachgegangen, inwieweit sich russische Desinformation und Verschwörungserzählungen rund um den Angriffskrieg in der breiten Bevölkerung verfangen. Nicht zuletzt wurde Mitte September der dritte CeMAS Report unter dem Titel **Militanter Akzelerationismus – Ursprung und Aktivität in Deutschland** (<https://cemas.io/publikationen/militanter-akzelerationismus/>) veröffentlicht. Der Report stellt eine Zusammenfassung und ein Nachschlagwerk für die Offline- und Online-Aktivitäten militanter rechtsextremer Akzelerationist*innen in Deutschland dar. Weitere spannende Publikationen von CeMAS finden sich hier (<https://cemas.io/publikationen/>).

■ Der Bundesverband Mobile Beratung veröffentlichte Mitte Februar die Handreichung **Was machen wir denn jetzt?! Zum schulischen und pädagogischen Umgang mit rechten, rassistischen, antisemitischen und antifeministischen Inhalten in Klassenchats** (https://www.bundesverband-mobile-beratung.de/wp-content/uploads/2022/02/BMB_Handreichung_Klassenchats_Was-machen-wir-denn-jetzt.pdf). In der Handreichung werden konkrete Handlungsempfehlungen, Methoden und juristische Hinweise benannt.

■ **In Wichtig ist nicht nur auf'm Platz. Handreichung für den Umgang mit Rechtsextremismus und Menschenfeindlichkeit im Fußball** (<https://www.bundesverband-mobile-beratung.de/wp-content/uploads/2022/09/BMB-Handreichung-Fussball-Rechtsextremismus-Wichtig-ist-nicht-nur-aufm-Platz.pdf>) finden sich ebenfalls konkrete Empfehlungen und Beispiele aus der Praxis. Darüber hinaus lädt einen Fragenkatalog Fußballvereine zum

(selbst-)kritischen Austausch ein und setzt sich damit auseinander, was Männlichkeitsbilder mit Ungleichwertigkeitsvorstellungen im Fußball zu tun haben, welche Rolle rechtsextreme Gruppen bei der Entwicklung des Hooliganismus hatten und warum es gerade im Fußball so wichtig ist, deutlich Stellung zu beziehen.

■ Dieses Jahr fällte das Kölner Verwaltungsgericht das **Urteil** (https://www.vg-koeln.nrw.de/behoerde/presse/Pressemitteilungen/06_08032022/index.php?mc_cid=6e56c728c0&mc_eid=626bad1997), dass das Bundesamt für Verfassungsschutz die gesamte **AfD** als Verdachtsfall behandeln darf. Das schließt mit ein, dass Mitglieder der Partei mit nachrichtendienstlichen Techniken wie das Mithören von Telefonaten und Mitlesen von E-Mails sowie dem Einsatz von V-Leuten überwacht werden könnte. Auch die Junge Alternative darf weiter vom VS als Verdachtsfall behandelt werden. Laut CORRECTIV könne die **AfD** mit der Berufung und einer weiteren einstweiligen Anordnung die Beobachtung durch den Verfassungsschutz bis zum Entscheid des Berufungsgerichts aufschieben.

■ Marcus Bensmann, Investigativreporter der gemeinnützigen und unabhängigen Redaktion CORRECTIV, machte in dem Artikel **Die AfD und die »Anbiederung an menschenverachtende Regime«** (https://correctiv.org/aktuelles/neue-rechte/2022/11/23/die-AfD-und-die-anbiederung-an-regime-wie-c-hina-russland-und-iran/?mc_cid=43139bc1ec&mc_eid=626bad1997) auf interne Papiere des Arbeitskreises Außenpolitik der **AfD**-Bundestagsfraktion aufmerksam, welche die Nähe der Partei zu China und Russland zeigen. Die USA werden dagegen als »globaler Hegemon« und »raumfremde Macht« bezeichnet. CORRECTIV veröffentlichte im Rahmen des Artikels die Positionspapiere.

■ Die Amadeu Antonio Stiftung hat im August 2022 die Handreichung **Entschwörung mit Format – Neue Wege der Erwachsenenbildung** (<https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/wp-content/uploads/2022/08/entschwuerung-mit-format-netz.pdf>) herausgegeben. Hier werden die Ergebnisse des bundesweiten Modellprojekts »Fachstelle für Politische Bildung und Entschwörung« vorgestellt. Das heißt neue Hintergründe, Formate und inhaltliche Qualitätsstandards der politischen Bildung gegen Verschwörungsideologien für (ältere) Erwachsene werden benannt.



Ein Museum der



Stadt Köln



lks.nrw

Landeskoordinierungsstelle gegen
Rechtsextremismus und Rassismus



Landeszentrale
für politische Bildung
Nordrhein-Westfalen



Gefördert vom

im Rahmen des Bundesprogramms



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

Demokratie **leben!**

Impressum

**Extrem rechte und rechtspopulistische
Aktivitäten 2022 im Regierungsbezirk Köln**
Köln 2023

Herausgeberin:

NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln
Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus
Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus
im Regierungsbezirk Köln
Appellhofplatz 23 – 25 | 50667 Köln
Tel.: 0221 - 221 27963
E-Mail: ibs@stadt-koeln.de
www.mbr-koeln.de

Text: David Paul und Rose Heuruf
Grafik: Georg Bungarten, Köln
Bildrechte: © ibs
Redaktionsschluss: 31.12.2022

Haftungsausschluss

Die Informationen in diesem Bericht wurden nach bestem Wissen und Gewissen formuliert. Für die Vollständigkeit und Aktualität der Informationen übernehmen die Herausgeber*innen keine Gewähr. Diese Publikation enthält Links zu Webseiten Dritter, auf deren Inhalt wir keinen Einfluss haben. Deshalb können wir für diese fremden Inhalte auch keine Gewähr übernehmen. Für die Inhalte der angegebenen oder verlinkten Seiten sind stets die jeweiligen Anbieter*innen oder Betreiber*innen der Seiten verantwortlich.